

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 2,00 M., im Voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M., einschließlich 60 Pf. Postgebühren- und 72 Pf. Postbestellgebühren. Kustentabellensubskription 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Voll und Zeit“ und „Kiebitzfreund“, Ferner „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Lachplauder“, „Witz in die Bühnenwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konparteilichkeit des „Vorwärts“... (Text continues with details about the paper's history and content)

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wollstr. 66. Diskonto-Gesellschaft, Depositionskasse Lindenstr. 7

Der Friedenspakt in Kraft.

46 Staaten angeschlossen — nur zehn noch nicht verpflichtet.

Washington, 24. Juli.

Durch die heute mittag um 12 Uhr erfolgte Niederlegung der japanischen Ratifikationsurkunde durch Vorschaffter Debutschi beim Staatssekretär Stimson ist das endgültige Inkrafttreten des Kellogg-Paktes erfolgt. 15 erste Teilnehmer und 31 weitere Staaten haben ratifiziert und die Urkunden niedergelegt. Acht weitere Ratifikationsurkunden sind noch nicht deponiert worden. Bis auf Argentinien und Brasilien haben alle Weltstaaten die Ratifikation vollzogen oder angekündigt.

Die nach amerikanischem Staatsrecht erforderliche Proklamation wurde im Weißen Hause um 1 Uhr mittags von Präsident Hoover in Anwesenheit Coolidges und Kelloggs und aller Vertreter der fremden Mächte feierlich verlesen. Als Vertreter des Senats wohnten Senator Borah und Swanson der Verlesung bei. An diese schloß sich im Weißen Hause ein Frühstück für sämtliche Teilnehmer an.

Anlässlich des Inkrafttretens des Kellogg-Paktes hat Reichspräsident von Hindenburg an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika nachstehendes Telegramm gerichtet: „Aus Anlaß des Inkrafttretens des Paktes zur Verhütung des Krieges, an dessen Zustandekommen die Vereinigten Staaten von Amerika einen so hervorragenden Anteil haben, spreche ich Ihnen, Herr Präsident, die herzlichsten Glückwünsche aus. Ich hege die Hoffnung, daß dieser Pakt bei der Gestaltung der Beziehungen zwischen den Völkern seine Kraft bewahren und dazu beitragen wird, den Weltfrieden auf der Grundlage der Gerechtigkeit zu sichern.“

Der Pakt als Operationsbasis.

Präsident Hoover leitete die feierliche Proklamation mit einer Ansprache ein, in der er sagte, der Pakt sei reich an Bedeutung und an Möglichkeiten für die künftige Gestaltung der internationalen Beziehungen und stelle eine Plattform dar, von der aus bei irgendeinem Vorfall oder irgendeiner Handlungsweise sofort ein Sammelruf an die Weltmeinung ergehen könne. Er pries die Aufnahme des Paktes als einen Schritt, der die gesamte Welt und schloß mit dem Hinweis, daß dieser erste Schritt uns alle anspornen solle, jede Möglichkeit zum Ausbau des Vertrages zu ergreifen und nach besten Kräften an der Verwirklichung der in dem Kriegsverzichtspakt niedergelegten Idee mitzuarbeiten.

Sowjetunion bleibt beim Frieden.

Die Verpflichtung des Friedenspaktes.

Paris, 24. Juli. (Eigenbericht.)

Der russische Botschafter Dogalewski überbrachte am Mittwoch dem Außenminister Briand den Dank der Sowjet-

regierung für die von Frankreich unternommene Vermittlungsaktion im chinesisch-russischen Konflikt. Dogalewski gab zugleich die Erklärung ab, seine Regierung könne zurzeit auf die Vorschläge Briands nicht eingehen, da die Haltung der chinesischen Regierung eine Einigung vorläufig unmöglich gestalte. Die Sowjets hielten jedoch an dem Grundprinzip des Kellogg-Paktes fest.

Der von der Sowjetregierung zur Aufnahme der russisch-englischen Vorbesprechungen bestimmte russische Botschafter in Paris Dogalewski wird, wie uns aus London gemeldet wird — am Donnerstagabend in London erwartet.

Sowjeteinmarsch in die Mandchurei?

Eine noch unbefestigte Meldung.

London, 24. Juli.

Die Lage an der mandchurisch-russischen Grenze ist äußerst verworren. Obwohl Rußland und China wiederholt ihre Bereitwilligkeit zu einer gütlichen Verständigung ausgedrückt haben, „sollen“ nach einer Agenturmeldung russische Truppen in der Nähe von Mandschull die mandchurische Grenze überschritten haben. Die chinesischen Truppen sollen sich bei der Annäherung russischer Streitkräfte auf die Stadt zurückgezogen haben. In Mandschull selbst herrscht eine ungeheure Panik. Chinesen und Manchurien verlassen in aller Eile in Jügen, Automobilen und Wagen die Stadt. Die Güterzüge, die sich nach Mandschull unterwegs befanden, sind angehalten worden, wodurch sich ein großer Mangel an Lebensmitteln in der Stadt bemerkbar macht. Da die Chinesen keine schwere Artillerie besitzen, dürften sie dem weiteren Vordringen der russischen Truppen keinerlei nennenswerten Widerstand entgegenzusetzen. Wie in Chardin eingetroffene Flüchtlinge berichten, haben die chinesischen Truppen sich fluchtartig in die Stadt zurückgezogen. Die Einwohner befinden sich teilweise auf der Flucht nach Chardin. Der Kommandeur der chinesischen Militärstreitkräfte hat sofort Wagen und Pferde requiriert und die einheimische Bevölkerung gezwungen, eine dreifache Reihe von Schützengraben nördlich von Mandschull auszuwerfen, die von chinesischen Truppen besetzt wurden. Mandchurische Truppen, die in südlicher Richtung transportiert werden, sind am Montag nach Mandschull umdickert worden. An der mandchurischen Grenze sollen auf chinesischer Seite insgesamt 25 Regimenter zusammengezogen worden sein.

Heute sind weitere 300 russische Angestellte der ostchinesischen Eisenbahn wegen angeblicher Verletzung von Bahnangelegenheiten verhaftet worden. In Pogranitschnaja wurden 42 Personen, unter denen sich acht Frauen befanden, in Haft genommen. Von der russischen Regierung ist nunmehr an alle russischen Angestellten der Bahn die Aufforderung ergangen, ihre Stellenungen bei der Eisenbahn aufzugeben.

Ägypten-Kommissar tritt zurück.

Die ägyptische Frage stand am Mittwoch im Mittelpunkt einer erregten Szene im Unterhaus, die den Beweis dafür erbrachte, daß die Arbeiterregierung keineswegs die reaktionäre Gewaltpolitik ihrer Vorgängerin in Ägypten fortzusetzen gedenkt. Außenminister Henderson teilte unter lebhafter Erregung der Opposition dem Hause mit, daß Lord Lloyd, der bekannte scharfmacherische britische Oberkommissar in Ägypten, um seinen Rücktritt nachgesucht habe und dieser von der Regierung auch bereits angenommen worden sei. Auf eine weitere Frage wurde Henderson deutlich und betonte, daß er an Lord Lloyd vor seiner Abreise aus Ägypten ein Telegramm geschickt habe, das als eine Aufforderung zum Rücktritt zu verstehen war. Wie Henderson mitteilte, ist das Vorgehen der Regierung auf ihre Beurteilung der Haltung Lord Lloyds gegenüber der Politik der konservativen Regierung zurückzuführen. Lord Lloyd war der böse Genius der Ägypten-Politik Chamberlains. Sein Rücktritt dürfte von der Bevölkerung Ägyptens freudig begrüßt werden.

Hermann Müller.

Stetige Besserung im Befinden des Reichskanzlers.

Heidelberg, 24. Juli. (Eigenbericht.)

Das Befinden des Reichskanzlers bessert sich langsam aber stetig. Der Patient nimmt bereits wieder leichte Speisen zu sich und ist bei guter Stimmung. Die Ärzte sind indessen in ihrer Prognose immer noch äußerst vorsichtig.

Die Kriegsheker.

Die Kommunisten als Erben Northcliffes.

Der Massenwahn ganzer Völker im Krieg ist eines der traurigsten Kapitel in der Geschichte des menschlichen Geistes — noch trauriger ist das Treiben derer, die künstlich auf die Erzeugung von Massenwahn hinarbeiten. Dies traurige Geschäft ist während des Weltkrieges zu wahrer Virtuosität ausgebildet worden: die Kriegspropagandisten aller Länder, massenpsychologisch geschult, verstanden es schließlich trefflich, auf dem Klavier der Massenstimmungen zu spielen. Die Hehnachricht, die erregende Kriegslüge, die Greuelpropaganda feierten Triumphe.

Die raffinierteste Lügenpropaganda griff die Massen bei den einfachsten tieffliegenden Affekten an, nach dem jynischen und doch so ungeheuer aufschlußreichen Worte des größten aller Kriegspropagandisten, des Lord Northcliffe: Zu einer guten Nachricht gehört dreierlei: Blut, Bagina und Nationalflagge! Daher die Greuellügen von den abgehackten Kinderhänden, den geschändeten Frauen, den unschuldig Erschossenen, die sich für ihre Nationalflagge opferten!

Die Agenten der Sowjetpolitik haben von Northcliffe und den Seinen gelernt. Sie betreiben eine unsäglich plumpe und rohe Hehnpropaganda — ganz nach dem Muster jener Hehe, die zu Wilhelms Hunnenrede führte und zu dem berühmten Ausspruch: „Bardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht!“ Ist es ein Zufall, daß die „Rote Fahne“ gerade ein Bild aus der Zeit des „Feldzugs gegen die Hunnen“ umgefälscht hat, um ihre Kriegsheke gegen China damit zu verstärken?

Wir haben die schamlose Bilderfälschung der „Roten Fahne“ aufgedeckt, um dieser vergiftenden Kriegsagitazione entgegenzuwirken. Die Preshpiraten, die an der Vergiftung der Seele der Völker arbeiten, sind mindestens ebenso schlimm wie die Generäle, die zum Kriege heken. Schlimmer noch — ohne die Vergiftung der öffentlichen Meinung, ohne jenen künstlich erzeugten Massenwahn müssen alle Bemühungen der Militaristen wirkungslos bleiben. Wer die Behauptung aufstellt, daß die Greuelpropaganda dem Frieden diene, der ist nicht nur ein Kriegsheker, sondern ein niedriger Lügner dazu! Wer den Frieden will, der muß der Kriegsüge in jeder Form entgegenreten. Wir wiederholen: es ist ein Verbrechen am Frieden, wenn der russisch-chinesische Konflikt von der Sowjetpresse in Rußland und außerhalb Rußlands zu einer maßlosen und noch dazu schamlosen Kriegsheke benutzt wird. Nicht nur am Frieden zwischen Rußland und China, sondern an dem großen Gedanken des Friedens überhaupt. Denn der Kampf um den Frieden ist ein Kampf um die Seele der Menschheit, er beruht auf jenem sozialen Optimismus, der an den Sieg der Vernunft und der Wahrheit über die Affekte und über die Kriegspshchose glaubt. Wer kriegerischen Massenwahn mit Hilfe der Greuelpropaganda erzeugen will, der muß im tiefsten Grunde die Volksmassen verachten, der muß auf sie herabsehen als auf eine ungebildete, unvernünftige Herde, die mit einigen dreisten Lügen, die an ihre Affekte greifen, in jenen Zustand des Wahns verkehrt werden kann, in dem die Tierheit hervorbricht.

Die gewissenlosen Burschen in der Sowjetpresse, die das verächtliche Geschäft der Greuelpropaganda zum Zwecke der Kriegsheke betreiben, ahnen nicht, wie sehr sie den ethischen Grundgedanken des Sozialismus und Kommunismus ins Gesicht schlagen! Sie werden es niemals verstehen — das ist die große prinzipielle Lust, die sie von allen wahrhaften Sozialisten und allen wahrhaften Freunden des Friedens scheidet.

Gegenüber dem Versuch, Kriegspshchose zu erzeugen, darf es für wahrhafte Pazifisten nur leidenschaftlichen, rücksichtslosen Kampf geben. Wir haben eine Hehlüge der „Roten Fahne“ zerstört, und die wilden Beschimpfungen der Heker, die uns diese Tat eingetragen hat, werden uns nicht abhalten, der Kriegsheke auf das stärkste entgegenzuwirken! Welches Verbrechen, in Deutschland, dessen Volk den Frieden will, dessen Friedenswille seine stärkste moralische Waffe ist, mit Greuelpropaganda und Hehlüge Kriegspshchose erzeugen zu wollen, gegen wen es auch immer sei! Heute ist es die Hehlüge gegen China — gegen wen wird das verbrecherische Treiben sich morgen richten? Heute heken die Reptilien der Sowjetpolitik — welches Vorbild für die Nationalisten und Chauvinisten!

Die Bildlüge ist die niederträchtigste Form der Kriegsheke — sie ist während des Krieges mit Virtuosität gegen Deutschland angewandt worden. Das fängt jetzt wieder an — diesmal zur Abwechslung in Deutschland gegen China. Die Bildlüge spekuliert auf den naiven Glauben, daß die Photographie nicht lügen könne. Sie spekuliert auf den Glauben an die Ehrlichkeit, darauf, daß der Durchschnittsmensch mit keinem Gedanken darauf rechnet, daß die Gemeinheit und das Verbrechen das Bild und die Photographie verfälschen könnten. Sie ist ein Mißbrauch der Anständigkeit der Menschen durch unanständige Elemente.

Labour stellt Marinebauten ein

Kreuzer werden nicht weitergebaut — Besprechungen mit Amerika.

London, 24. Juli. (Eigenbericht.)

Ramsay MacDonald teilte am Mittwoch im Unterhaus mit, daß die Regierung den Entschluß gefaßt habe, alle Arbeiten an den Kreuzern „Surrey“ und „North-Cumberland“ einzustellen, ein Unterseeboot außer Dienst zu setzen, zwei Unterseebootkontrakte rückgängig zu machen und weitere Schiffsbauarbeiten zu verlangsamen. Im Hinblick auf das Schiffsbauprogramm für 1930 würden keinerlei Schritte unternommen werden, ehe neue Entschlüsse der Regierung gefaßt worden seien. Die Regierung sei sich sehr wohl bewußt, daß die Verringerung des Marine-Schiffsbauprogramms ungünstige Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt ausüben müsse; sie habe deshalb besondere Abmachungen mit der Admirallität zum Zwecke der Aufsaugung der freierwerbenden Arbeiter getroffen. Die Seemächte stimmten im übrigen darin überein, daß ein englisch-amerikanisches Abkommen einem allgemeinen Seeabrüstungsabkommen vorausgehen müsse. Die Seemächte würden sobald als möglich zusammenberufen werden. Er hoffe, daß diese Seeabrüstungsbesprechungen schließlich zu einer Ausprache über die gesamte Abrüstung führen würden.

In bezug auf die Frage der anglo-amerikanischen Besprechungen stellte MacDonald fest, in den gegenwärtigen Diskussionen mit dem amerikanischen Botschafter sei eine Übereinstimmung darüber erzielt worden, daß das Prinzip der Parität zwischen England und Amerika Anwendung finden solle, wobei die Friedensbedürfnisse der beiden Nationen ein gewisses Maß von Flexibilität in der Ausdeutung dieser Parität gestatten würden.

Macdonald teilte schließlich mit, daß sein Besuch in Amerika, soweit er im Augenblick ersichtbar sei, im Oktober erfolgen werde.

Unsere Zerstörung der Greuelzüge der „Roten Fahne“ wird von diesem Organ beantwortet mit folgenden Sätzen:

„Wer bezahlt den „Vorwärts“? Stellt hier nicht mehr dahinter? Nicht die direkten gekauften Liebesdienste einer feilen Journaliste, der aus dem Geheimfonds der imperialistischen Mächte Subventionen zugeflossen sind?“

Die Burschen, die solches schreiben, können nicht fassen, daß man die Wahrheit und den Frieden liebt um seiner selbst willen! Sie gleichen jenen Verleumdern, die gerade die Sozialisten, die im Kriege am leidenschaftlichsten für den Frieden eingetreten sind, beschuldigt haben, feindliche Spione, bezahlte Agenten des englischen oder französischen Geheimdienstes zu sein! Die Befinnung der Redakteure der „Roten Fahne“ ist der nationalsozialistischen Heppresse würdig.

Welche erbärmliche Verteilung, zu schreiben: wir haben zwar gelogen, aber für die Aufdeckung unserer Lüge ist bezahlt worden! Eine feine Sorte von Journalismus das!

Wer bezahlt den „Vorwärts“? Die Berliner Arbeiter! Dieselben Berliner Arbeiter, die die Kommunisten gewinnen wollen! Ob die Kriegsbegehr in der „Roten Fahne“ selbst noch glauben, daß sie mit ihrem verächtlichen Fälschen auch nur auf einen Berliner Arbeiter noch Eindruck machen?

Das ist eben die Auffassung dieser Burschen von der „Roten Fahne“, daß eine Zeitung alles nur gegen Bezahlung tue — sei es auch die Verteilung der Wahrheit. Es ist die schändlichste Verleumdung, die gegen einen Journalisten geschleudert werden kann, daß er im Solde unbefannter Mächte stehe und sich aus Geheimfonds finanzieren lasse — aber diese Verleumdung, gegen die jeder Journalist sich mit äußerster Empörung zur Wehr setzen wird, verliert ihr Gewicht, wenn sie von notorischen Fälschern und Betrügern ausgestoßen wird! Jeder, der für die Wahrheit kämpft, riskiert, daß er vom Befindel mit Schmutz beworfen wird.

Die wahrhaftige Kriegsbegehr, die schamlose Greuelpropaganda mit Fälschungen, die Nachahmung der chauvinistischen Kriegslügen, und dazu die Beschimpfung derer, die für den Frieden wirken — so erscheint die neueste Phase der Sowjetpolitik in der „Roten Fahne“. Von diesem Auswurf des Journalismus läßt die Sowjetregierung ihre Interessen publizistisch in Deutschland vertreten!

Brauchbare Richter.

Sie müssen schleunigst befördert werden.

Der nationalsozialistische frühere Pastor Münchmeyer aus Barkum wurde am Mittwoch von dem Schöffengericht Hannover von der Anklage eines Bergehens gegen das Republikshühnergesetz freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte 6 Wochen Gefängnis beantragt. Vor Gericht wurde festgestellt, daß gegen Münchmeyer zurzeit nicht weniger als 48 Beleidigungsklagen schweben.

Münchmeyer hatte im September vorigen Jahres in einer Versammlung die Republik als Juden- und Saurepublik beschimpft. Er bezeichnete damals u. a. auch die Ermordung Rathenaus als ein großes Glück für Deutschland. Hermann Müller bezeichnete er als Reisenden einer gewissen Porzellanbranche.

In seiner Begründung des freisprechenden Urteils führte der Gerichtsvorsitzende u. a. aus, daß die Ausdrücke „Juden- und Saurepublik“ an sich keine Beschimpfung darstellen. Die Bezeichnung über den Reichsanwalt sei auch nicht beleidigend; es sei außerdem nicht erwiesen, daß der Angeklagte den Word an Rathenau neidig habe.

Richter, die so tapfer freisprechen, sind tüchtige Leute. Sie sollten schleunigst befördert werden. Und da es bezüglich ihrer Beförderung zum „Reisenden in einer gewissen Porzellanbranche“ wahrscheinlich doch nicht langem würde, sollte man sie schleunigst ans Reichsgericht versetzen. Dort ist ja für die Justiz über die „Judenrepublik“ schon richtig vorgearbeitet worden.

Neueste Verfassungsfrage.

Deutschnationales Querulantenium. — Wer bezahlt die Kosten?

Die Hundstagsfrage hat auch in der deutschnationalen Fraktion des Preussischen Landtags ihre Wirkung getan und die Herrschaften endlich aus ihrem Dornröschenschlaf erweckt.

Am 12. Dezember 1927, also vor mehr als 1 1/2 Jahren, verabschiedete der Preussische Landtag eine Vorlage der preussischen Regierung über Änderungen des Gemeindeverfassungsrechtes. Zweck und Ziel dieser Vorlage war u. a., die seit Jahrzehnten unstrittene Frage der Gutsbezirke einer Regelung entgegenzuführen und die etwa 12 000 Gutsbezirke aufzulösen. Am 30. Dezember trat die Vorlage in Kraft. Sie wurde in wenigen Monaten durchgeführt. Mitte Oktober 1928 waren durch die Auflösung der Gutsbezirke mehr als 1 1/2 Millionen entrechteter Menschen den Einwohnern der deutschen Städte und Gemeinden hinsichtlich ihrer Rechte gleichgestellt. Die Vorrechte der Gutsverwalter hatten aufgehört.

Von alledem scheint die deutschnationale Fraktion des Preussischen Landtags nichts gehört und nichts erfahren zu haben; denn mehr als 1 1/2 Jahre nach der Inkraftsetzung des Gesetzes und fast ein Jahr nach dessen restloser Durchführung ist ihr plötzlich ein Licht aufgegangen. Plötzlich beginnt sie sich für die Stützen ihrer Ideen, für die Gutsverwalter als die ausschließlichsten Herren der Gutsbezirke, zu interessieren und sich ihrer anzunehmen. In einer dieser Tage eingereichten Klage gegen die preussische Regierung wird die Verfassungsmäßigkeit des seit 1 1/2 Jahren unter viel Zeitaufwand und mit nicht unerheblichen Kosten durchgeführten Gesetzes bezweifelt und der Staatsgerichtshof ersucht, die Verfassungswidrigkeit zu bestätigen. Man fordert von dem höchsten Gerichtshof nicht mehr und nicht weniger als die Wiedererstattung von 1 1/2 Millionen Menschen zugunsten einer kleinen Clique deutschnationaler Gutsverwalter. Das ist die deutschnationale Partei in ihrer wahren Größe!

Es liegt uns fern, uns auch nur mit einem Wort mit der rechtlichen Seite dieses deutschnationalen Hundstagsproduktes zu beschäftigen. Die Klage zeigt, daß nicht sachliche, sondern rein parteipolitische Momente die Politik der deutschnationalen Partei bestimmen und daß man sich nicht scheut, selbst im Interesse dieser Parteipolitik den höchsten zuständigen Gerichtshof in Aktion zu setzen. Es ist an der Zeit, daß endlich auch der Staatsgerichtshof in seinem eigenen Interesse gegen eine derartige Sorte von Klagen ein scharfes Wort findet.

Auslandsvertretungen der Südafrikanischen Union. Die dem Abgeordnetenhaus vorgelegten revidierten Etatsvoranschläge sehen die Errichtung von Konsulatsstellen in Rom, Washington und Haag und die Erneuerung von Handelssekretariaten in Mailand, New York und Hongkong, ferner die Erneuerung eines Handelsvertreters in Hamburg vor.

Photofälschung als System.

Wie die Kommunisten das Bildfälschen betreiben.

„Bringe in die Betriebszeitung nie eine Meldung, die unwahr ist. Durch eine Lüge diskreditierst du die Betriebszeitung für lange Zeit.“

Gebot Nr. 7 der „Zehn Gebote für Betriebszeitungsredakteure“, herausgegeben vom „Agitprop“.

Die von uns aufgedeckte Fälschung des hinesischen Greuelzuges wird von der „Roten Fahne“ mit der Behauptung bemäntelt, daß sie einer „Richtigstellung“ zum Opfer gefallen sei. Es läßt sich aber leicht beweisen, daß die systematische Bildfälschung zu den ständigen kommunistischen Kampfmitteln gehört. Getreu der Anweisung Lenins, im politischen Kampf auch vor der bewußten Lüge nicht zurückzuschrecken, ist diese Art der Fälschung von den Kommunisten sogar zu einer besonderen Spezialität ausgebaut worden. Wir rufen in folgendem einige besonders markante Fälle kommunistischer Bildfälschung ins Gedächtnis zurück, in denen der Nachweis der Fälschung restlos glückte.

Eine Fälschung der Jugend-„Pravda“.

Am 15. Januar 1929 veröffentlichte die Jugend-„Pravda“ in Moskau ein Bild, auf dem man sieht, wie eine Schupolette eine Menschenmenge, aus Kindern und Erwachsenen bestehend, zurückdrängt. Das Bild erschien in der Jugend-„Pravda“ mit folgender Beschriftung:

Deutsche Polizei schlägt die Faschisten.

Während einer faschistischen Demonstration drängt die deutsche Polizei die Menge der Arbeiterjugend und der Roten Frontkämpfer zurück, die gegen die Faschisten demonstrieren.

In Wirklichkeit war das Bild ausgenommen im Jahre 1928 bei der Rückkehr der Ozeanflieger Köhl, Hünefeld und Fijmaurice. Die von der Polizei zurückgedrängte Menschenmenge besteht, wie der deutsche Beschauer des Bildes ohne weiteres erkennt, aus Schulkindern und gänzlich unpolitischem, schaulustigem Bürgerpublikum!

Immertreu-Begräbnis mit Rotfront.

Um die Jahreswende 1928/29 fand im Osten Berlins die große Schlägerei zwischen dem Sanovenverein „Immertreu“ und den fremdgeschriebenen Zimmerleuten statt. In der Kommunistenpresse begann alsbald eine heftige Hege gegen die Polizei, der vorgeworfen wurde, daß sie die „Immertreu“-Leute — angeblich wegen deren „staatsverhättnislicher Bestimmung“ — zu milde behandle. In Unterstützung dieser Hege veröffentlichte die kommunistische „Arbeiter-Illustrierte“ eine Anzahl von Bildern, darunter auch das Bild einer Beerdigung, mit folgender Beschriftung:

Der Trauerzug des Ringvereins „Immertreu“ bei der Beerdigung eines seiner Mitglieder. Nach dieser Beerdigung erfolgte der Angriff auf die in ihrem Lokal friedlich versammelten Zimmerer.

Neutraler Schriftkennner abgelehnt.

Um die Echtheit von Ullig' Unterschrift.

Kattowitz, 24. Juli. (Eigenbericht.) In Ullig-Prozess kam es am Mittwoch hauptsächlich zu Auseinandersetzungen darüber, ob die Unterschrift unter das einem polnischen Deserteur zur Verfügung gestellte Dokument gefälscht ist oder tatsächlich von Ullig ausgeführt worden ist. Die Verteidigung des Angeklagten forderte, den Leiter der graphologischen Abteilung des Polizeinstitutes in Lausanne, Bischoff, als Sachverständigen zu vernehmen. Die Staatsanwaltschaft lehnte diesen Antrag ab. Das Gericht schloß sich dem nach einer kurzen Pause an, erklärte sich jedoch bereit, einen von der Verteidigung benannten polnischen Schriftsachverständigen zuzulassen.

Die Anklagebehörde hatte als Schriftsachverständigen den Professor Krull-Kraton gewählt, der, von der Verteidigung ziemlich in die Enge getrieben, schließlich zugab, daß ein genauer Nachweis darüber, ob die Unterschrift gefälscht ist oder nicht, kaum zu erbringen sei. Der Sachverständige Kaczinski stellte fest, daß es unmöglich sei, über die Entstehung der Unterschrift irgendeine bestimmte Erklärung abzugeben. Die fünf leicht zu schreibenden Buchstaben der Unterschrift des Angeklagten würden für einen Fälscher nicht die geringste Schwierigkeit in sich bergen.

Deutsche Beamte vernommen.

Kattowitz, 24. Juli. Die Sensation des zweiten Verhandlungstages des Ullig-Prozesses bildete die Vernehmung der beiden von der Verteidigung geladenen deutschen Beamten, Oberregierungsrat Graf Ratuszka von der Oppelner Regierung und Polizeinspektor Rengel von der Reichs-Polizeiverwaltung, die seinerzeit den Fall Biolucha bei den deutschen Behörden bearbeiteten. Sie erklärten unter ihrem Eid, daß sich außer der Mitgliedskarte des Deutschen Volksbundes nie eine andere Bescheinigung bei den Akten Bioluchas befunden habe und daß auch eine solche Bescheinigung nie verlangt und von Biolucha auch nicht beigebracht worden sei. Der ganze Geschehensgang der Akten ergebe einwandfrei, daß diese Bescheinigung niemals vorgelegen habe. Die Originalakten wurden von Oberregierungsrat Graf Ratuszka dem Gerichtshof zur Verfügung gestellt.

Vorbeugung in Frankreich.

Führende Kommunisten wegen des 1. August verhaftet.

Paris, 24. Juli. (Eigenbericht.) Am Mittwoch wurden alle Vorstandsmitglieder der kommunistischen Partei Frankreichs außer den durch die parlamentarische Immunität geschützten verhaftet, ferner der Generalsekretär der kommunistischen Gewerkschaften und zahlreiche kommunistische Bürgermeister und Gemeinderatsmitglieder. Da zurzeit in Paris ein Teil der Erdarbeiter streikt, wurden auch einige kommunistische Erdarbeiterführer festgenommen.

Die Zerstörung der Demonstrationspläne.

Paris, 24. Juli. Die vor einigen Tagen gegen die Kommunisten eingeleiteten polizeilichen Maßnahmen wachen sich immer mehr zu einem vernichtenden Feldzuge gegen die kommunistische Partei und ihre Organisation aus. Im Verlaufe des heutigen Tages hat die Polizei die heute früh angekündigten Hausdurchsuchungen bei der

Scharfe Augen entdeckten im Trauerzug dieser angeblichen „Immertreu“-Beerdigung eine Deputation des Roten Frontkämpferbundes mit roter Fahne! Die Bildfälscher hatten nicht aufgepaßt. Das peinliche Mißgeschick, das ihnen unterlaufen war, zwang sie zum Geständnis: sie hatten das zweiseitige Bild einer Beerdigung eines harmlosen Reutölners Geseßigkeitsvereins als die Beerdigung der „Immertreu“ ausgegeben. Wäre nicht durch einen Zufall die Rotfrontkämpfergruppe im Zeichnungserkennbar gewesen, so hätte das Publikum diese Bildfälschung wie hundert andere nicht bemerkt!

Die photographischen „Beweise“.

Bei Ausschachtungsarbeiten auf dem Gelände des „Ullig“ wurden unter einem Bogen der Stadtbahn im Juli 1927 einige Duhend uralte Skelette gefunden. Sachverständige gaben das Alter der Knochen auf weit über 50 Jahre an. Später wurde festgestellt, daß hier im Jahre 1813, also zur Zeit der Freiheitskriege, in den Bazarzeiten verstorbene Russen und Franzosen beerdigt worden waren.

Die kommunistische Presse behauptete wochenlang in sensationellster Aufmachung, daß es sich um die Skelette von Revolutionären aus dem Januar 1919 handle, die damals von Regierungstruppen im „Ullig“ heimlich ermordet und verscharrt worden seien. Als demgegenüber auf das hohe Alter der Knochen hingewiesen wurde, veröffentlichte die „Rote Fahne“ und die Münzberg-Presse „photographische Beweise“ für das angeblich viel jüngere Alter der Knochen. Diese Photographien zeigten Knochen, an denen noch Ueberreste von Weichteilen zu sehen waren.

Nachdem der Spektakel einige Wochen gedauert hatte, flaute er ab, und dann wurde es ganz still. Die Ausschachtungsarbeiten am Stadtbahnkörper waren nämlich inzwischen weiter fortgeschritten, man hatte die jahrzehntealten Zementböden eines zweiten und eines dritten Stadtbahnboogens aufgebrochen und auch unter diesen, ja sogar unter den Stützpfeilern der Stadtbahn immer neue Skelette, einige Hundert im ganzen, ausgegraben. Damit war die kommunistische Behauptung, daß es sich um Opfer der Revolutionskämpfe von 1919 handle, völlig zusammengebrochen.

Und die „photographischen Beweise“? Wertwürdig, wie vergeblich die Leser der „Roten Fahne“, der „Welt am Abend“ usw. sind. Keiner von ihnen hat es für notwendig gehalten, darüber nachzudenken, woher die photographischen Beweise für eine offensichtliche Unwahrheit gekommen sind. Niemand hat sich überlegt, daß man in einer Stadt wie Berlin, wo es Duhende von Kliniken, Anatomien usw. gibt, sich sehr leicht frisches menschliches Knochenmaterial beschaffen und photographieren kann.

„Bringe in die Betriebszeitung nie eine Meldung, die unwahr ist. Durch eine Lüge diskreditierst du die Betriebszeitung für lange Zeit.“ So lautet die Moskauer Anweisung für die Kleinen. Wie die Redakteure der großen Zeitungen sie befolgen, das zeigt allein das Beispiel der Bildfälschungen!

Roten Hilfe vorgenommen. Außerdem fanden Durchsuchungen in den Geschäftsräumen der kommunistischen Jugend statt. Nach die Wohnungen zahlreicher kommunistischer Führer wurden durchsucht. So erschien die Polizei bei dem kommunistischen Bürgermeister der Vorstadt Jory, bei einem kommunistischen Stadtrat des gleichen Ortes und bei einem Mitglied des Zentralkomitees der kommunistischen Jugend, bei mehreren Redakteuren sowie einigen kommunistischen Gewerkschaftsbeamten. Ueberall sollen zahlreiche Dokumente beschlagnahmt worden sein. In den Räumen der kommunistischen Jugend wurden außerdem drei geladene Revolver entdeckt. Der Sekretär des kommunistischen Gewerkschaftsbundes, Dutilleul, wurde verhaftet. Gegen sämtliche Mitglieder des Zentralkomitees der kommunistischen Partei, soweit sie nicht bereits festgenommen wurden, wurden Haftbefehle erlassen. Die meisten von ihnen haben jedoch, gewarnt durch die bisherigen Vorkommnisse, die Flucht ergriffen und konnten von der Polizei noch nicht gefangen werden. Unter ihnen befindet sich auch der kommunistische Abgeordnete Duclos.

Der „Temps“ berichtet, daß die vom Innenminister Lardieu angeordneten Maßnahmen zu einer völligen Desorganisation in den Reihen der Kommunisten geführt haben und daß alle Pläne für den Roten Tag selbsterlöschend seien. Weiter wird angeführt, daß am 1. August sämtliche Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge unterlagert werden. Am schärfsten geht die Polizei gegen die ausländischen Arbeiter vor, ganz gleich, ob es sich dabei wirklich um Kommunisten oder nur um Teilnehmer am Untergrundbahnstreik handelt. Heute sind fünf Ukrainer und Polen über die Grenze abgeschoben worden. Sechs anderen Arbeitern, Spaniern, Polen und Tschechoslowaken, wurden die Personalausweise entzogen mit dem Befehl, Frankreich unverzüglich zu verlassen.

Gegen Räumung oder für Solidarität.

Paris, 24. Juli. (Eigenbericht.)

Der französische Senat hat am Mittwoch mittag mit der Diktation der Schuldenabkommen mit Washington und London begonnen. Die Beratung wird sich vor allem auf finanztechnisches Gebiet bewegen.

Als erster Redner sprach am Mittwoch der Berichterstatter der Finanzkommission Dumont, der in seinen Ausführungen in optimistischer Weise die künftige Lage des französischen Geldmarktes hervorhob. Frankreich könne sich nicht weigern zu zahlen und zugleich selbst seinen Schuldner zur Zahlung antreiben wollen. Der frühere Präsident Millerand, der gegen die Ratifikation sprach, sprengte den Rahmen der Diskussion mit heftigen Ausführungen gegen die Rheinlandräumung. Die Besetzung garantiere die Erfüllung der militärischen und finanziellen Verpflichtung Deutschlands und die Sicherung aller Alliierten Deutschlands sei nach wie vor nationalsozialistisch und bereite eine ständige Propaganda gegen die Feststellung seiner Kriegsschuld, für den Anschluß usw. Auf Millerand folgte de Souvenel, der seine Rede mit der Feststellung begann, daß heute der Tag gekommen sei, an dem Frankreich zu einer Politik der Isolierung oder einer internationalen Solidarität sich entscheiden müsse.

Deutschnationale Untreue. Die Staatsanwaltschaft in Königsberg hat gegen den zweiten Vorsitzenden des Ostpreussischen Landgemeinderates Meißner ein Strafverfahren wegen Untreue, Unterschlagung und Betrug eröffnet. Der erste Vorsitzende dieses Verbandes ist der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Roßke.

„Kaufmann“ Ernst Buchruder. Nationalsozialistische Gründungen.

Vor mehreren Wochen wurde in Berlin eine Kredit- und Wirtschaftsgenossenschaft „Selbsthilfe“ gegründet, deren Zweck die Förderung des Erwerbes und der Wirtschaft durch Gewährung von Krediten, Annahme und Verzinsung von Geldeinlagen, Beschaffung von Hypotheken und Bausparbüchern und Vermittlung von Wirtschaftsmethoden zur Einführung von Standardwaren sein soll. Die Gesellschaft, die für ihre Mitglieder Geschäftsanteile bis zur Höhe von 1000 Mark herausgibt, will auch im Reich Mitglieder werben und plant die Einsetzung von Bezirksleitern in ganz Deutschland.

Im Vorstand dieser Genossenschaft befindet sich — und das ist für die Gesellschaft charakteristisch — u. a. auch ein Kaufmann Ernst Buchruder, der gleiche Buchruder, der im Jahre 1923 als Major der Reichswehr an dem Küstriner Putz maßgebend beteiligt war.

Die neu gegründete Firma arbeitet eng zusammen mit der im September 1928 gegründeten Waren-Verkehrs-Gesellschaft m. b. H. (Wa-Ge), die wiederum aus der im Juli des gleichen Jahres gegründeten Deutschen Wirtschaftsorganisation hervorgegangen ist. Dieses Unternehmen beabsichtigt nach seinen Statuten, alle Arten von Handelsgeschäften vorzunehmen, so den Ankauf und Verkauf von Waren jeder Art und die Beteiligung an Unternehmungen und Gründungen. Beide Gesellschaften legen Wert auf nationalgesinnte Mitglieder und unterhalten enge Beziehungen zu den Nationalsozialisten. Der Bruder des nationalsozialistischen Abgeordneten Strasser geht in der Gesellschaft z. B. ein und aus. Er hat dem neuen Unternehmen bereits ein großes Projekt vorgelegt, das die Gründung eines Zeitungsunternehmens bezweckt. Strasser glaubt, daß eine Zeitung, die sich nach außen unparteiisch zeigt, aber grundsätzlich zur Opposition neigt und die aus Prinzip die Handlungen der Regierung und der führenden Parteien kritisiert, sehr rasch einen gewaltigen Erfolg haben muß. Er denkt an eine Zeitung, die sich sozusagen als Tribune des Volkes bezeichnet, kein Programm hat als das, die Stimme der Opposition zu erheben gegenüber der jeweils herrschenden Gewalt auf politischem, wirtschaftlichem und künstlerischem Gebiet. Eine solche Zeitung müsse in Berlin sehr bald eine Auflage von über 100 000 erreichen.

Die maßgebenden Kreise der „Wa-Ge“ stehen dem Plan Strassers sympathisch gegenüber. Sie verfolgen also unter dem Deckmantel wirtschaftlicher Betätigung reaktionäre Ziele und die Stützung eines nationalsozialistischen Zeitungsunternehmens.

Der schweigende Winnefeld. Volksparteiler und Bodenreform.

Abgeordneter Winnefeld ist der Vorsitzende des volksparteilichen Reichsarbeiterausschusses. Dieser in Westfalen-Süd gewählte Arbeitervertreter stellte vor einiger Zeit im Reichstag Behauptungen auf, für die er noch heute die Beweise schuldig ist. Die letzte Nummer der „Badener Form“ (Wolff Damalsche) stellt fest, daß Winnefeld im Reichstag erzählte:

„Der Herr Verbandspräsident für das Ruhrkohlengebiet, Dr. Schmidt, hat vor kurzem in Bielefeld auf einer Tagung gesagt: „Der Bodenreformgesetzentwurf des Herrn Damalsche gehöre in ein Museum.“

Damalsche schreibt dazu: „Dadurch hat Winnefeld in gewissen Teilen des Reichstages den gewünschten Erfolg erzielt: „Heiterkeit!“ Am 11. Mai habe ich in eingeschriebenen Briefen die Herren Winnefeld und Dr. Schmidt um Mitteilung gebeten, ob und in welchem Zusammenhang jene Äußerung gefallen sei. Herr Dr. Schmidt antwortete. Herr Winnefeld antwortete nicht.

Endlich, am 26. Juni, hat Herr Winnefeld Gelegenheit genommen, zu antworten. Die Antwort besteht in nichtsagenden Redensarten. Er beruft sich nochmals auf den Verbandspräsident Schmidt.

Winnefeld erhält dazu die folgende Abfuhr vom Leiter der „Bodenreform“: „Was Herr Winnefeld sonst noch gesagt hat, ist unerheblich und zeugt nur von einer lächerlich schwer verständlichen Erregung. Die Sache liegt doch einfach so: hätte Herr Winnefeld innerhalb von drei Wochen meine berechtigende Frage beantwortet, so würde ein Zweifel an seinem guten Glauben keinen Augenblick möglich gewesen sein. Das will natürlich nichts über den objektiven Tatbestand sagen. Wer Versammlungen kennt, weiß, wie leicht man sich in gewissen Dingen irren kann. Es sei deshalb der Brief von Herrn Dr. Schmidt im Wortlaut wiedergegeben:

Esien, den 31. Mai 1929.

Sehr geehrter Herr Damalsche!

Das Zitat des Reichstagsabgeordneten Winnefeld ist mir vollständig unbekannt. An sich ist es bereits ungenau, wenn es mich als Verbandspräsident bezeichnet. Meine Ausführungen auf der Jahresversammlung der Deutschen Bauernvereinsgesellschaft in Bielefeld am 13. Oktober 1928 sind wirklich zum Abdruck gelangt in der Nummer 10 von „Stadt und Siedlung“, einer Beilage zur „Deutschen Bauzeitung“, Berlin. Ich gebe ergebenst anheim, die Ausführungen durchzulesen.

Ferner habe ich das Protokoll der Verhandlungen durchgesehen und auch hier an keiner Stelle eine Äußerung, die dem Zitat des Herrn Winnefeld entspricht, feststellen können.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez.: Dr. Schmidt.

Damit ist erreicht, was erstrebt war: Ein Sachkenner wie Herr Dr. Schmidt kann nun nicht mehr von ehrlichen Gegnern gegen uns ins Feld geführt werden!

Der volksparteiliche Abgeordnete Winnefeld, der Arbeitervertreter, sollte bei dieser Sachlage doch den Mut aufbringen, entweder seinen Irrtum einzugestehen, oder hiebste Beweise zu erbringen. Die breitesten Öffentlichkeit hat ein Interesse daran, wie ein Abgeordneter zu seinen im Reichstag gemachten Ausführungen steht.

Das Verbrechen der Zwangsarbeit. Kampf im holländisch-indischen Volkstrot.

Amsterdam, 24. Juli. (Eigenbericht.)

Im Indischen Volkstrot in Batavia kam es anlässlich der Beratung des Justizhaushalts wegen der zwangsweisen Arbeitsverpflichtung der Eingeborenen zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen den Sozialdemokraten bzw. den Sprechern des indonesischen Intellektuellen-Bundes und den Vertretern der europäischen großkapitalistischen Parteien. Ribbendorf (Soz.) forderte für die indischen Sozialdemokraten die Abschaffung der zwangsweisen Arbeitsverpflichtung. Ein indonesischer Abgeordneter erklärte, daß die letzten Morde an Europäern in Deli auf Sumatra auf das schändliche Arbeitsystem zurückzuführen seien.

Prozeß Stinnes.



Verteidiger Dr. Alsberg (sein Plädoyer schließend): „Meine Herren Richter! Verfahren Sie nach dem Grundsatz: Recht geht vor Macht!“
Stimme aus dem Jenseits: „Stimmt, danach ist Familie Stinnes stets verfahren!“

Gärung im Reiche Hugenberg. Die Christlich-Sozialen organisieren sich.

Im Bereich des Allgewaltigen Hugenberg gehen Dinge vor, die die Öffentlichkeit mehr interessieren als dem „Herrn von Film und Presse“ lieb sein dürfte. Die „Frankfurter Zeitung“ gibt einer Darstellung über gewisse parteimäßige Neubildungen Raum, die deswegen besondere Aufmerksamkeit verdient, weil sie aus dem Kreise der sogenannten Christlichsozialen stammt, die bisher schon innerhalb der deutschnationalen Partei ein gewisses Eigenleben führten. Wie erinnertlich, wurde seinerzeit die deutschnationale Partei zusammengebrochen aus den Restbeständen der Deutschkonfessionellen, der Freikonfessionellen, der Christlichsozialen und der Deutschsozialen.

Zu den „Christlichsozialen“ Stöckerischer Ueberlieferung gehören von den bekannteren Reichstagsabgeordneten unter anderem der Schwelgerer Stöcker, Liz. Rumm, und der Abgeordnete Lambach, dessen Artikel über die Monarchie als Angelegenheit von Film und Kindermärchen noch in Erinnerung sein dürfte. Neuerdings sind, nach der Darstellung in der „Frankfurter Zeitung“, Bestrebungen im Gange, die christlichsozialen Elemente innerhalb der deutschnationalen Partei wieder stärker zusammenzufassen. Da besteht zunächst eine „Christlichsoziale Reichsoereinigung“ und eine „politische Vereinigung Christlichsozialer Selbsthilfe“. Zwischen den beiden Organisationen bestehen Verbindungen, die ein Zusammengehen größeren Stils vorbereiten.

Die letztere Vereinigung ist hervorgegangen aus dem „Deutschnationalen Angestelltenbund“, der seit 1922 besteht, aber erst in den letzten Monaten ein politisches Eigenleben entwickelt. Ihr Vorsitzender ist Lambach. Sie stützt sich hauptsächlich auf die der deutschnationalen Partei nahestehenden Mitglieder des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes (DhV). Unter ihrem neuen Namen will die „Politische Vereinigung Christlichsozialer Selbsthilfe“ über die reinen Angestelltenkreise hinweggreifen und weitere Schichten um sich sammeln, um so eine gewisse Selbständigkeit gegenüber den großkapitalistischen Tendenzen zu gewinnen, die durch Hugenberg in der Partei repräsentiert werden. Welche Kreise die neue Vereinigung umschließt, geht auch daraus hervor, daß der frühere sächsische Altsozialist Rietich ihr beigetreten ist!

Die Vereinigung gehört korporativ der bereits erwähnten „Christlichsozialen Reichsoereinigung“ an. Diese ist im Sommer vorigen Jahres aus dem Zusammenschluß mehrerer örtlicher und provinzieller Verbände hervorgegangen. Sie fühlt sich als Erbe der früheren Stöckerischen Gründung, die ja, wie bekannt, auch durch Abspaltung von der früheren Konfessionellen Partei entstanden war. In gewissen Teilen dieser neuen

christlichsozialen Gruppierung wird bereits mit dem Gedanken gespielt, bei den bevorstehenden Kommunalwahlen in Preußen mit eigenen Listen vorzugehen, wenn, wie zu erwarten ist, die deutschnationale Partei, deren politische Haltung bekanntlich von dem Vorsitzenden Hugenberg „entscheidend beeinflusst“ wird, den Wünschen der Arbeiter- und Angestelltenkreise nicht genügend entgegenkommen sollte.

Ob es zu einer solchen offenen Fronte jedoch schon in diesem Jahre kommen wird, steht noch dahin. Von Interesse scheint es aber zu sein, daß das Bestreben Hugenbergs, eine „kleine aber starke Partei“ zu haben, sich der Verwirklichung wenigstens hinsichtlich der Kleinheit nähert.

In diesem Zusammenhang ist nicht ohne Bedeutung, daß auch in den sogenannten „nationalen Arbeiterkreisen“ eine dauernde Eiferüchtheit um das Vorrecht der Organisationen und Organisationsformen sich geltend macht. Da hat sich z. B. der „Reichsverband vaterländischer Arbeitervereine“ offiziell bei der Hauptgeschäftsstelle der deutschnationalen Partei darüber beschwert, daß die Mitglieder des „Deutschnationalen Arbeiterbundes“ in Berliner Großbetrieben parteimäßig zusammengesetzt und damit in einen Gegensatz zu den vaterländischen gebracht würden. Der als „Arbeitersekretär“ bestellte Organisator, ein Berliner Stadtverordneter, mußte sich auf Grund dieser Beschwerde vor der Hauptgeschäftsstelle sozusagen förmlich entschuldigen. Er behauptete, daß der „Reichsverband vaterländischer Arbeiter“ wiederholt verübt habe, die in der deutschnationalen Partei tätigen Arbeiter für die Deutsche Volkspartei zu gewinnen. Er bezifferte die Zahl der von seinem, durch das Landesarbeitsamt zugelassenen, Arbeitsnachweis allein nach den Siemenswerken vermittelten deutschnationalen Arbeiter auf etwa 400. Er hält es auch für seine Pflicht, diese von ihm vermittelten Arbeitskräfte innerhalb des Betriebes deutschnational zu überwachen und sie im Kampfe gegen „marxistischen Terror“ zu stützen. Daß ihm dabei die vaterländischen beschwerdeführend in den Weg kommen, erscheint ihm mit Recht als eine Verletzung der brüderlichen Interessen, die diese schwarzweißen Seiten nun einmal zusammenführen sollten.

Einstweilen sind diese deutschnationalen Arbeiterbündler noch hugenbergtreu. Wenn aber die der volksparteilichen Werbung verdächtigen „vaterländischen“ bei der Hauptgeschäftsstelle der Hugenberg-Partei weiter freudwillige Förderung finden sollten, so ist nicht abzusehen, welches Ende mit Schreden diese Treue nehmen kann. Nach allem wird man in froher Erwartung dem Ergebnis des vom Offiziersauschuß veranstalteten Volksbegehrens Hugenbergischer Erfindung entgegensehen dürfen!

Schwarzrotgold in München. Ein Erlass der Reichsregierung.

München, 24. Juli. (Eigenbericht.)

Die Münchener Hotels haben es bisher immer wieder gestilltlich vermieden, bei offiziellen Veranstaltungen, wozu Vertreter der Reichsregierung und der Reichsbehörden eingeladen und erschienen sind, die verfassungsmäßigen Farben des Reiches zu zeigen, während sie ausländische Besucher mit deren Farben begrüßten. So konnte man immer wieder das beschämende Schauspiel erleben, daß neben den Farben des auswärtigen Staates keine Reichsfarben, wohl aber die weißblaue und schwarzgelbe Flagge erscheint.

Der Landesverband Bayern der Vereinigung republikanischer Presse hat sich deshalb an die Reichsregierung gewandt und diese hat zur Ergänzung der Erlasse, die sie zur Achtung und gebührenden Ehrung der Reichsflagge herausgegeben hat, den Vertreter des Reiches in München angewiesen, entsprechend dem Erlass über die „Teilnahme von Behördenvertretern“ vom 5. April 1929 künftighin Münchener Hotels, in denen hohe Reichsbeamte anlässlich von Festlichkeiten absteigen, anzuhalten, die Reichsfarben zu hissen. Der Erlass vom 5. April bestimmt, daß Vertreter von Reichsbehörden an Veranstaltungen, bei denen Flaggenhissung verwendet wird, nur Anteil nehmen dürfen, wenn die Reichsfarben an hervorragender Stelle gezeigt werden und ihnen überhaupt ein angemessener und würdiger Anteil an dem Flaggenhissung eingeräumt wird. Vor der

Entscheidung über die Teilnahme der Behördenvertreter ist festzustellen, ob und inwiefern die Erfordernisse dieses Erlasses genügt ist, nötigenfalls ist auf eine entsprechende Ausschmückung in den Reichsfarben hinzuwirken.

Nachklang von Insterburg. Der Staatsanwalt und seine Revision.

Die Wiederaufnahmeverhandlung in Insterburg hat den früheren Hilfsgegendarm Dujardin, der vom ersten Gericht wegen Totschlags, begangen an dem Gutbesitzer Jaquet, zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden war, vollkommen rehabilitiert. Es hat nicht nur den schweren Verdacht ausgesprochen, daß es die früher freigesprochene Frau Jaquet selbst gewesen sei, die ihren Mann ermordet habe, sondern darüber hinaus Dujardin auch das Recht auf eine Entschädigung für die unschuldig erlittenen Zuchthausjahre zuerkannt.

Die Öffentlichkeit mußte annehmen, daß nun der Fall Dujardin ein für alle Male aus der Welt geschafft sei und daß dieser unglückliche Mensch endlich die Möglichkeit erhalten würde, sich eine neue Existenz zu gründen. Jedoch weit gefehlt. Dem Staatsanwalt hat das unabweisliche Urteil des Gerichts nicht genügt. Er hat Revisionsgründe gefunden und beim Reichsgericht Revision gegen das freisprechende Urteil eingelegt. So lebt Dujardin wieder in voller Ungewißheit und nur auf gelegentliche Arbeit angewiesen, ein Zustand, dem sein durch die lange Gefangenschaft zerrütteter Organismus nicht gewachsen ist. Ruß das sein?

Die Borfigwalder Explosionskatastrophe

Stundenlange Detonationen / Fünf Verletzte / Noch Tote unter den Trümmern?

Das schwere Explosionsunglück in den Sauerstoffwerken Borfigwalde hat bisher glücklicherweise noch keine Todesopfer gefordert. Fünf Verletzte — vier Männer und eine Frau — hatten schwere Brandverletzungen erlitten und wurden durch Wagen des Städtischen Rettungsamtes abtransportiert. Noch um 17 Uhr erfolgten aus den Trümmerhaufen eines Teiles der früheren Fabrikanlagen fortgesetzte Detonationen, die von den explodierenden Sauerstoff-Flaschen herrührten. Bis in den Abendstunden war es wegen der noch immer bestehenden Explosionsgefahr nicht möglich, die Aufräumungsarbeiten vorzunehmen. Aus diesem Grunde konnte auch noch nicht genau festgestellt werden, ob sich unter dem Gewirr von Eisen-, Stein- und Holztrümmern noch Tote befinden.

Die Fabrikanlagen der Sauerstoffwerke der Gesellschaft für Lindes Eismaschinen liegen auf der Nordseite der vom Stettiner Vorortbahnhof nach Tegel führenden elektrisch betriebenen Vorortstrecke. Zur Zeit der Explosion mit ihren furchtbaren Folgen — es war genau 12,37 Uhr — war das Sauerstoffwerk in vollem Betriebe. Von einem großen massiven Lagerstutzen, in dem sich über tausend gefüllte Sauerstoff-Flaschen befanden, wurde von der Laderampe aus gerade ein Lieferauto beladen. Eine junge Arbeiterin, so wurde von Augenzeugen berichtet, war gerade dabei, eine der großen Stahlflaschen aus dem Regal zu ziehen, als plötzlich unter gewaltiger Detonation eine mächtige Explosion erfolgte. Eine Sauerstoff-Flasche war explodiert, der Stahlmantel zerbrach wie Papier und die daneben lagernden Flaschen mit ihrem gefährlichen Gasinhalt wurden gleichfalls in Mitleidenschaft gezogen. Schon durch die erste Explosion war die Belegschaft, von panischem Schrecken ergriffen, durch zwei Hintereingänge ins Freie geeilt. Nur die junge Arbeiterin, ein Fräulein Behm, deren Alter und Adresse zurzeit noch unbekannt sind, die in nächster Nähe der explodierten Flasche hantierte hatte, wurde lebensgefährlich verletzt. Bewußtlos sank die Unglückliche zu Boden. Unschwer wäre sie ein Opfer der Minuten später mit rasender Schnelligkeit um sich greifenden Flammen geworden, wenn nicht Arbeitskollegen sie auf der Flucht gerettet hätten. Leider gibt der Zustand der Arbeiterin, die im Paul-Gerhardt-Stift daniederliegt, zu Bedenken Anlaß.

Aber nicht nur die Arbeiter und Arbeiterinnen der Sauerstoffwerke waren von Schrecken gepackt hinausgeeilt, um das nackte Leben zu retten.

auch aus den umliegenden Großbetrieben verließen die Belegschaften mit schredenerfüllten Gesichtern ihre Werkstätten.

Die gewaltige Explosion, die die Erde minutenlang erbeben ließ, war auch nicht ohne Einwirkung auf die Bewohner der ziemlich entfernt liegenden Wohnhäuser geblieben. Viele eilten an die Fenster, andere auf die Straßen. Zuerst glaubte jeder, daß die Gaswerke Tegel in die Luft gesungen seien. Bald durchwühlte die ganze Gegend die Nachricht, daß die bekannten Sauerstoffwerke in der Behrendstraße 17 von einem schweren Explosionsunglück betroffen seien. Unaußersichtlich, in Abständen von knapp einer halben Minute ertönten stärkere oder schwächere Detonationen. Die zur Explosion gelangenden Sauerstoff-Flaschen wurden hunderte von Metern weit fortgeschleudert. Einzelne Stahlteile flogen bis in die Wohngebiete und brachten Passanten in Lebensgefahr. Das ganze Gelände war in Rauch und Qualm gehüllt; Flammen von ungeheurer Länge schlugen hervor.

Während aus den Betrieben rings um den Katastrophenherd eine Massenflucht vor dem niedergehenden Eisenregen einsetzte, ertönten die ersten Warnsignale der anrückenden Wittenauer,

Tegeler und Borfig-Feuerwehr. Inzwischen hatten die Flammen jedoch das ganze einstöckige Sauerstofflager ergriffen;

aus dem Flammenmeer ertönten immer wieder dumpfe Detonationen und eine Feuerfäule schoß zum Himmel.

Die Wehren, die in kurzer Zeit durch nachfolgende Berliner Löschzüge verstärkt worden waren, standen dem wütenden Element zunächst völlig machtlos gegenüber, jeder mußte so gut es ging, Deckung suchen, um nicht von einem niederfallenden Stahlmantel zerfahmetert zu werden. Nur hierdurch ist zu erklären, daß der Brand auf die anliegenden Gebäude übergreifen konnte. Mit angeschraubten Hydranten und zum Angriff fertigen Schläuchen standen die Wehren untätig da, bis die Detonationen endlich langsam schwächer wurden und mächtige Wasserfontänen ins Flammenmeer geschleudert werden konnten. Wiederholt gab es noch einen mächtigen Knack, aus dem brennenden Trümmerhaufen lagte eine Stahlflasche in die Höhe und die Löschmannschaften mußten scheunigst den Rückzug antreten.

Der Brand griff von dem zusammenstürzenden Lagerstutzen auf das Bureau- und Wohngebäude der Werke über, das völlig ausbrannte. Der zweistöckige, etwa 25 Meter lange Bau bildete eine gewaltige Feuerfäule, in der die Etagedecken tragend in die Tiefe stürzte. Auch die angrenzenden Fabrikationshallen waren vom Feuer bereits ergriffen worden. Der Dachstuhl brannte in großer Ausdehnung, durch das taikräftige Eingreifen der Wehren konnten die Flammen nach dieser Seite rechtzeitig eingedämmt werden. Durch herumfliegende Eisenstücke der Sauerstoff-Flaschen wurden drei Arbeiter und zwei Feuerwehrleute verletzt, doch soll bei niemandem von ihnen Lebensgefahr bestehen. Der Entwiderraum, d. h. der Raum, in dem aus dem Karbid der Sauerstoff gewonnen wird, konnte nach vielen Bemühungen der Feuerwehr gerettet werden. Die Flaschen, die durch die Hitze und den Druck weisghühend durch die Luft sausten, sind mit etwa 24 Atmosphären Druck gefüllt. Die Feuerwehr war um 16 Uhr Herr der Lage und beschränkte sich darauf, die umliegenden, noch gefährdeten Gebäude vor einem Ubergreifen des Feuers zu bewahren.

Da verschiedene Flaschen, die sich in dem Lagerstutzen befanden, nicht explodiert sind, mußte bei den Löscharbeiten mit größter Vorsicht vorgegangen werden, da die Flaschen teilweise stark beschädigt sind.

Inzwischen ist der größte Teil der alarmierten Feuerwehren wieder abgerückt, nur einige Züge befinden sich noch an der Unglücksstelle, die mit dem Ablöschen des Brandes beschäftigt sind. Mit den Aufräumungsarbeiten wird kaum vor Anbruch des Donnerstags vorläufig gerechnet, da diese in der Dunkelheit der Nacht mit zu großen Gefahren verbunden wären. Vor allem mußte bei dem Aufräumen des Karbidlagers, das sich unmittelbar neben dem Hauptlager befindet, und in dem sich noch einige nicht explodierte Flaschen befinden, mit großer Vorsicht vorgegangen werden. Die Entstehungsursache der Katastrophe ist bisher völlig unbekannt.

Die Unglücksstätte bietet den Anblick trostlosester Verwüstung. Der Fahrdamm ist mit Holz und Eisenteilen sowie Mauerwerk auf mehrere hundert Meter buchstäblich überfüllt. Von dem großen Lagerstutzen ist ein klägliches Mauerstumpf übrig geblieben, alles andere ist vom Boden wie weggerafft. Auf den umliegenden Feldern stößt man überall auf zerrissene Sauerstoff-Flaschen, die durch den Luftdruck die seltsamsten Formen angenommen haben. Das ehemals stattliche Verwaltungs- und Wohngebäude bildet nur noch eine rauchgeschwärmte Ruine, die dem Einsturz nahe ist.

Die Kriminalpolizei hatte zahlreiche Beamte an den Unglücksort entsandt, um die Ursache zu ermitteln. Es war aber unmöglich, irgendwelche Feststellungen zu machen und es wird Aufgabe einer Kommission von Sachverständigen sein, die Schuld an dem schweren Unglück zu klären.

Die Namen der Verletzten sind: Karl Oberheidt, Schlosser, Schiffbauerdamm 39, 37 Jahre alt; Hermann Lungfiel, Hennigsdorf, Forststraße 10, 42 Jahre alt; Friß Jargus aus der Zehdenicker Straße 19, 30 Jahre alt und Emil Lange aus der Moenslebenstraße 7, 22 Jahre alt.

Störungen im Vorortverkehr.

Durch die Explosion im Sauerstoffwerk waren im Vorortverkehr empfindliche Betriebsstörungen zu verzeichnen. Der Verkehr wurde von der Station Schönholz bis Tegel eingeleisig durchgeführt. Hinzu kam noch ein Unfall in der Wollankstraße in Pantow, bei dem ein Brückenpfeiler der Ueberführung von einem Lastauto weggerissen wurde. Auch aus diesem Grunde mußte besonders vorsichtig gefahren werden. Es entstanden Verspätungen bis zu 1½ Stunden.

Die Gaswerke Tegel teilen mit, daß ihre Anlagen 700 bis 800 Meter von dem Explosionsherd in Borfigwalde entfernt liegen und daß eine unmittelbare Gefahr nicht bestand. Trotzdem wurden aus Sicherheitsgründen die großen Gasbehälter beobachtet und bewacht.

Flugzeugunglück in Plauen.

Drei Personen verletzt.

Plauen, 24. Juli.

Das Flugzeug D 168 kam heute vormittag von Dresden und wollte nach Nürnberg fliegen. Auf dem Flugplatz herrschte zur Zeit der Landung starker Seitenwind. Als der Pilot von Volen nochmals Gas gab, wurde das Flugzeug vom Seitenwind erfasst und stürzte aus einer Höhe von fünf Meter ab. Während der Pilot unverletzt blieb, wurden drei Fluggäste verletzt.

Der 57 Jahre alte Geheimrat Köpken aus Dresden mußte mit einer Gehirnerschütterung ins Krankenhaus gebracht werden. Der 22 Jahre alte Kaufmann Hermann Paul Danner aus Frankenberg in Sachsen und sein 14 Jahre alter Bruder Helmut Paul Donner wurden mit leichten Kopfverletzungen in eine Privatklinik gebracht.

Das Flugzeug ist schwer beschädigt und muß abmontiert werden.

Der deutsche Islandflug programmgemäß beendet.

Der Dornier-Wal der Verkehrsflieger-Schule, der den Islandflug ausgeführt hatte, ist am gestrigen Mittwoch nachmittags um 13.30 Uhr von Edinburgh zum Heimflug gestartet und um 16.55 Uhr im Flughafen List auf Spitz gelandet, und zwar ging die Landung trotz des an der deutschen Nordseeküste gerade herrschenden starken Sturmes völlig glatt vor sich. Insgesamt hat die Maschine bei diesem ganz programmgemäß durchgeführten Flug mehr als 5000 Kilometer ohne jede Störung über See zurückgelegt.

Auf dem Wiener Jugendtag hat ein Arbeiterjugendgenosse einen Photoapparat im Arbeiterheim Dittkring liegen lassen. Meldungen ertelten an Erwin Dehlschläger, Berlin D. 112, Simon-Dach-Straße 31.



Copyright 1929 by Gustav Kiepenheuer Verlag A.-G., Berlin

In Raumesmitte sind etwa vierzig Mann versammelt, die ärztlicher Behandlung bedürfen: Fingerringentzündungen, Furunkel, Rheumatismen, Katarakte, Verstopfungen, Durchfälle, leichte Verletzungen am Drahtverbau, leichte Prellungen und Streifschüsse. Die Wunden sind bloßgelegt, die Wundbinden säuberlich aufgewickelt in den Händen der Kranken, denn gleiches Material wird wiederholt benützt, es gibt nicht täglich eine neue Binde; man muß sparen, schon im Herbst 1915.

Die Brustkataraktischen stehen ohne Wickel und frieren leicht, aber alles muß wie auf den Schlag bereit sein, denn im Augenblick, da der Arzt ins Zimmer tritt, läuft die Behandlung ab ohne eine Sekunde Unterbrechung, gleich dem dahinschwindenden Schicksal.

Die drei ranghöchsten Sanitätsleute der drei Bataillone halten ihre Namenslisten, ihre Fieberabellen in den Fäusten. Zwei: der vom ersten und der vom dritten Bataillon sind ehrgeizig wie scharfe Konkurrenten. Jeder will die besseren Heilerfolge aufzuweisen haben. Beide sind tüchtig und zuverlässig. Der vom ersten ist obendrein persönlich mutig und kaltblütig, dabei gutartig, ja väterlich zu Untergebenen, jedoch dem Saufen und dem Jähzorn zugeneigt. Er heißt Josef Wam, ist Zimmermann und stammt aus der Moorregion nahe dem Wendelstein. — Der vom dritten Bataillon war Krankenpfleger in der Chirurgischen Klinik zu München; er bildet sich nicht nur ein — er hat das größere Wissen, er beherrscht halbwegs ein Duzend lateinische Bezeichnungen, er läßt sich nie und da in wissenschaftliche Gespräche mit den unteren Ärzten ein, denen er in praxi entschieden überlegen ist, er, Franz Fränklein. Beim Dienst auf dem Verbandplatz hat er immer gleich heraus, ob eine Knochenfraktur vorliegt oder nicht, während der dreierlei fertig studierte herumkurrt, herumtastet und des Opfers Unbehagen vergrößert.

Auch zu schienen verstehen die alten Feldwebel besser, schneller, schmerzloser als die jungen Doktors.

Der dritte, der Sanitätssergeant vom zweiten Bataillon, wird von den beiden anderen gedreimt verachtet: er ist ein Schlammer, er hat seine Salbentöpfe, seine Bücher nicht in Ordnung, stets schmiert und schwindelt er da etwas zusammen, ob sich's um Salben oder um Aufzeichnungen handelt, sein Krankenraum ist besonders dreckig, seine Requisiten sind mangelhaft, seine Thermometer meist zerbrochen — aber was das Allergerlichste ist: seine sanitären Ergebnisse sind eigentümlich schlecht als die beiden andern. Er ist „wissenschaftlich“ total ungebildet — ja er glaubt erbärmlicherweise an Wunderkuren und wendet sie heimlich an. Die beiden anderen verpehen ihn deshalb nicht bei den Ärzten, aber sie empfinden ihn als unwürdigen Kollegen. Was macht er für Sachen? Im Frühjahr, als räuselhafte Darminfektionen leichter Art grassiert haben, hat er seinen Patienten Froschlaid zu schlucken gegeben. Und sie sind rascher mobil geworden als alle anderen Kameraden. Feldwebel Fränklein, der Wissenschaftler, der sogar mit psychischen Einflüssen arbeitet, höhnt: „Eigentlich ist es begreiflich: vor lauter Grausen, wenn du nicht stirbst, mußt du da ja gesund werden.“

Ihm, der mit Froschlaid und Spahendred verkappt arbeitet, ist der Kameraden Absehung auf geistigem Gebiet gleichgültig. Er wurstelt weiter, im Gehirn wohl nicht ganz richtig, mit gelegentlichen epileptoiden Erscheinungen behaftet, nervösen Anfällen ausgefetzt, daher von den Ärzten nachsichtig behandelt, die zu erkennen glauben, daß er im ganzen doch willig, eifrig und brauchbar ist. Er heißt Anton Walz, er hat bis zum Krieg als Hühneraugenoperateur und Naturheilkundiger in Augsburg gelebt.

Der Regimentsarzt tritt schnellen Schrittes ein — besser sagt man: er tritt auf; seiner wenigen Vorzüge einer ist, daß er pünktlich zu sein pflegt. Man braucht nicht stundenlang zu warten wie bei einem anderen gewissen Herrn vom zweiten Bataillon. Die Feldwebel schreien ihrer Herde zu: „Achtung, stillgestanden!“ — und die kranken Knochen deuten wenigstens die Beste einer strafferen Haltung an. Der Regimentsarzt läßt den dicklichen Körper auf einen Sessel vor einem Pultchen nieder, das man aus einem der früheren Klassenzimmer hier hereingetragen hat — einem Schülerpult mit Papier und Tinte, vor dem er nun etwas abern hocht, indeß er selber kommandiert: „Rührt euch!“

Und dann beginnt man langsam und rapide. Es ist

üblich, mit etwa vierzig Kranken in einer guten Stunde fertig zu werden. Das sind noch keine zwei Minuten für den Mann. Eigentlich interessieren den Regiments- und Stabsarzt Dr. Nohl nur die Furunkel. Bei den Erkrankungen der Atmungsorgane fragt er lediglich nach den Temperaturen; sind sie nicht befürwortend (und wann wären sie es? höchst selten), so erfolgt nichts als die knappe Anordnung, wie bisher weiter zu machen. Aber Furunkel haben keine sachlich-liebevolle Aufmerksamkeit. Denn er liegt da in einem chevaleresken und spannenden Streit mit anderen Sanitäts-offizieren vom Regiment. Sie behandeln so — er so. Er ist für Ausbrennen, jene sind für Schmieren, für Diät, für Baden oder für Luft und Sonne. So brennt er denn eigenhändig mit irgendwelchen glühenden Drähten und Radeln, hantiert, daß es zischt und stinkt, daß Wehlaute ertönen und drei Neulingen in der Ecke ganz übel wird.

Aber nun naht der Augenblick ihrer eigenen Angelegenheit. Dr. Nohl hat Zettelchen und Ausweise geschrieben: für einen Zahnkranken zum Divisionszahnarzt, hinter zur Sanitätskompanie; für einen Bindehautkranken zurück zur Augenstation; für einen Hochfiebernden ins Feldlazarett (mit dem Wort „Typhus“ und einem Fragezeichen dahinter, denn hier vorne wird nicht auf Bakterien untersucht); für einen des Trippers Verdächtigen (weiß der Hentker, woher er ihn bezogen haben soll). Jetzt erhebt er sich ächzend, steckt eine Zigarre in Brand und wendet sich an die Feldwebel, die eifrig in Salbentöpfen umherstochern und Binden an kranke Beine legen: „Wam, noch was?“

„Jawohl, Herr Stabsarzt, drei neue Mann wären da.“ Sie müssen aus ihrer dunklen Höhle hervormarschieren und in Linie antreten. Der älteste, Holzler mit dem großen Schnauz- und dem kleinen Knebelbart, übernimmt es, für sie zu sprechen.

„Ihr kommt vom Ersahtruppenteil aus München? Ihr seid als Krankenträger ausgebildet?“

„Jawohl, Herr Doktor.“

Das dickliche Gesicht des Arztes schwillt unter der zerknitterten Feldmütze rot auf. Ein Unwohlsein scheint ihn zu befallen, er öffnet am Hals einen Haken der Bitemka. „Was bin ich? Wie reden Sie mich an, Sie —?“

Schweigen. Die drei haben noch nie einen Stabsarzt gesehen. Dabei sind sie in jener phantastisch primitiven Weise von einem Unterarzt ausgebildet worden; zu dem haben sie Herr Doktor gesagt.

24 Stunden Rettungsdienst.

Erlebnis einer Journalistin.

Mit einem geheimen Grauen hatte ich immer das „Mit Norden, Rettungsdienst“, gelesen. Es erweckt unangenehm beengende Gefühle in der Magengegend, das „Heute tot, morgen tot“ der Großstadt.

Wissen von blinkenden Messern, grellem Licht, Karbolgestank. Ein unvorsichtiger Schritt, ein Ausgleiten, ein ganz dummer blödsinniger Zufall wirft dich dieser immer bereiten Rettungsmaschine in die Arme. Und was dann? Was geschieht mit dir, wenn du, von Samaritern geschleppt, eingeliefert wirst? Und dann war ich als Patientin auf der Rettungsmaschine in einem kleinen Krankenhauses. Ich fand Gefallen in den Augen des Arztes. Ja, wenn Sie Journalistin sind und Interesse für uns haben, kommen Sie doch mal einen Tag her.“ — „Gemacht.“

Eines Nachmittags trat ich an.

In der Handtasche vorsichtshalber ein Fläschchen Kognak und ein Restchen Heftpflaster. „Na, nett, daß Sie gekommen sind.“ Mein Doktor holt einen Stuhl, eine Zeitung. „Nur einen Moment muß ich Sie allein lassen, ich habe Dienst.“ „Wie? Außer dem Rettungsdienst noch?“ „Leider, die Stadt spart. Wir machen zu gleicher Zeit unseren Stationsdienst.“ Ich las inzwischen natürlich nicht die Zeitung, sondern orientierte mich. Ein Borraum mit Schreibtisch, Telefon, Ledersofa und eine halboffene Tür zum Arbeitszimmer. Ein plumper Tisch, einer der niedrigstgehenden Untersuchungsstühle, bei deren Anblick alle Schmerzen verschwinden, zwei Schränke mit geheimnisvollen Töpfchen und Tiegeln, Messern, Haken, Waschbecken, Kocher.

Es klingelt.

Ein kleiner Junge erscheint, von der Rettungsschwester begleitet. Seine Hand in ein nicht ganz einwandfreies Taschentuch gebüllt. Auf den ebenjüngeren propperen Baden Tränenpfunden. „Was hast du denn?“ „Geschnitten.“ „Womit?“ „Messer.“ „Na, zeig mal her.“ Tatsächlich ein derber Schnitt! Mein Doktor kommt, Drückt und zieht an der Wunde herum. „Nichts. Saubermachen und Salbenverband.“ Und zu mir: „Sie hatten sich das wohl dramatischer vorgestellt?“ Inzwischen wird der Junge behandelt von der geschickten, netten Schwester, wird im großen Buch notiert und zieht strahlend mit dem Klebenverband ab.

Ein blutiges Bündel Menschenfleisch.

Eine Stunde Ruhe. Ich schwäge mit dem Arzt über alles mögliche. Plötzlich ist draußen Lärm, die Tür fliegt auf. Zwei Polizisten schleppen ein blutiges Bündel Menschenfleisch. Der Arzt fliegt, verdoppelt sich, Verbindet, spricht. Inzwischen telephoniert man um ein lautlosgleitendes Krankenauto. Auf eine Bahre, los! Zur Operation an eine Klinik. Ich denke

Die Räuber von Tegel.

Drei Mann festgenommen.

Unter dem Verdacht, in der Nacht vom 16. zum 17. Februar d. J. den räuberischen Ueberfall auf die Kandelhardt-Garagen in der Günterbühlstraße 5/6 zu Charlottenburg und am 7. Mai 1929 morgens um 8 Uhr den Ueberfall auf den 40 Jahre alten Kassenboten Franz K. vom Wohlfahrtsamt Tiergarten verübt zu haben, sind am Mittwoch mittag von der Kriminalpolizei drei Mann festgenommen worden.

In der Februornacht drangen in die Kellerräume der Kandelhardt-Gesellschaft drei maskierte Männer ein, nachdem sie vorher das Licht in den Räumen ausgeschaltet hatten. Unter Bedrohung mit Schusswaffen wurden zwei anwesende Angestellte, die die Abrechnung mit den Taxidienstleistungen zu besorgen hatten, gezwungen, sich ruhig zu verhalten und den Inhalt des Geldschrankes, etwa 2000 M., an die Räuber auszuliefern. Alle drei Räuber trugen Masken, die offenbar aus den Oberteilen von Damenstrümpfen hergerichtet waren. Mit dem Gelde zogen sich die Eindringlinge zurück und hielten noch von der Tür aus die Angestellten in Schach. Sie entkamen über eine Mauer nach dem nahegelegenen Salzwer, wo allem Anschein nach ein Auto zur Flucht bereit stand.

Noch dreister gingen die Verbrecher zu Werke bei dem Ueberfall auf den Kassenboten K., den sie am hellen Tage überfielen. Sie hatten ausgetastet, daß er die Unterstützungsgelder von der Zentralstelle abholte, um sie nach dem Amt in der Wullenweberstraße 9 zu bringen. An den ahnungslosen Boten fuhr morgens um 8 Uhr kurz vor dem Wohlfahrtsamt plötzlich ein Auto heran, ein Mann sprang heraus, entriß ihm die Tasche, die etwa 7000 M. enthielt, und sprang in den Wagen zurück.

Die Bande fuhr in rasendem Tempo mit der Deute davon.

Langwierige Beobachtungen ergaben, daß drei Verdächtige sich seit einiger Zeit in der Tegeler Gegend niedergelassen hatten. Zunächst erwischte man nur den einen des Trios, einen gewissen Max Thomas, die beiden anderen wurden dann ebenfalls dingfest gemacht. Es sind ein 31 Jahre alter Friedrich Hoffmann, der früher in Tempelhof wohnte, und ein 26 Jahre alter Walter Schiering, der noch nicht lange in Berlin anständig ist.

Die Grenadiertrude.

Eine heitere Gerichtsverhandlung in heißer Zeit.

In die unter der Wirkung der Hundstagshitze und der Gerichtstullen herrschende Stille in Moabit brachte ein heiter wirkender kleiner Vorfall vor einer Strafkammer des Landgerichts I eine Abwechslung.

Aufgerufen wurde die Sache Paul Gerstenkorn. Den Gerichtssohl betrat darauf mit tänzelnden Schritten eine geschmackvoll gekleidete „Dame“ mit einem Kubikopf und nahm auf der Anklagebank Platz. Verwundert schüttelte der Vorsitzende den Kopf und rief: „Herr Justizwachtmeister, das ist ein Irrtum, ich will den Bädergehilfen Paul Gerstenkorn jetzt haben.“ Leicht errotend und mit leiser Stimme erwiderte es dann von der Anklagebank wieder: „Das bin ich.“ Dann sagte die „Dame“ auf der Anklagebank, ihre Schüchternheit abhüttelnd, mit hoher Stimme: „Ich bin jetzt nicht mehr Paul Gerstenkorn, sondern das Zimmermädchen Paul Gertrud Gerstenkorn.“ Weiter führte die Angeklagte dann aus, daß sie sich innerlich nur als Frau fühlte und auch nur fähig sei, weibliche Berufe auszuüben. Vor Jahren habe sie Soldat werden wollen, sei aber entlassen worden

an meinen Kognak. Der Arzt lacht schon wieder: „Der ist in zwei Monaten wieder auf dem Damm. Sind nur Schönheitskorrekturen.“ Ich muß mich jetzt auf Befehl meines Chefs ins leere Nebenzimmer schlafen legen. „Wird heute noch eine heiße Nacht, wir haben Freitag.“ Aber er verspricht, mich jedesmal zu wecken. Keine zehn Minuten lege ich und bin gerade am Ein-dusein. „Aufstehen!“ Ich falle vor Schreck beinahe vom Sofa. Ein leicht alkoholisches dultender Mann. „Ich bin vom Affen gebissen.“ Er streift den Ärmel hoch: ein blutender Biß wie von einem Rinde mit Raubtierzähnen. Sein Affe hat ihn gebissen. Er ist Drehorgelmann. Verband, Verhaltungsmaßregel, ab. An eine Bezahlung ist da natürlich nicht zu denken. Das geht das Wohlfahrtsamt an.

Jetzt darf ich mal endlich schlafen.

Als ich wieder hoch muß, ist es schon 4 Uhr. „Nichts gewesen?“ frage ich erstaunt. — „Doch, eine Menge. Ich war sogar mit der Feuerwehr fort zu einer Gasvergiftung.“ — „Ohne mich?“ — „Das wäre nicht gegangen, ist auch kein Vergnügen.“ — „Und sonst noch?“ — „Drei oder vier Betrunkene, die wir auf die Polizeiwache gebracht haben. Einer wurde noch froch, den habe ich rausgeschmissen.“ — „Sie selbst?“ — „Was soll ich machen?“ Er fing mit der Schwester an. Ein Schuppo war nicht in der Nähe.“ — „Und was ist jetzt?“ — „Wir müssen nach drüben, da ist eine Schlägerei gewesen. Sie sollen einen stark verprügelt haben.“ Wir ziehen uns an. Drüben herrscht Frieden. Sieger und Besiegte sitzen zwischen leeren Flaschen und singen oder schlafen. Wir verordnen kalte Umschläge und verdünnen schleunigst. Um 8 Uhr werde ich wieder geweckt zum Kaffeetrinken.

Allerlei Leiden.

Quetschwunden, zerchnittene Finger, Nierenkoliken und Leibschmerzen. Mit unerträglicher Liebenswürdigkeit wird geholfen, werden durch den Bettennachweis Betten besorgt, soweit das Krankenhaus hier die Fälle übernehmen kann. Ein Arbeiter mit einem überquollen Auge. Ein Eisenplitter ist ihm ins Auge geflogen, der Sanitäter der Fabrik hat ihn holen wollen und dabei das Auge böse verletzt. Zu schwierig für uns! Kalter Umschlag! Zum Augenarzt! „Wenn die Leute bloß nicht soviel heissen wollten“, sagt der Arzt, „sie richten das größte Unglück mit ihrer Gutmütigkeit an. Keine Wunde bekommen wir her, die nicht die mit blutstillender Watte verklebt wäre. Um uns über die Größe der Verletzung zu orientieren, müssen wir unsere Patienten mit dem Abzupfen fürchterlich quälen. Berlin hat 37 Rettungstellen. Jeder kann schnell genug behandelt werden. Warum kommen die Leute nicht gleich. Ein fester Verband mit einem sauberen Tuch genügt doch für die paar Schritte.“

Meine 24 Stunden sind um. Ich verabschiede mich von allen, danke meinem Doktor und verschwinde. **Eise Fanter.**

wegen ihres weißlichen Benehmens, und man habe sie beim Regiment immer nur die „Grenadiertrude“ genannt. Sie sei dann Kindermädchen geworden und zuletzt sei sie in Hotels Zimmermädchen gewesen. Sie nenne sich daher auch jetzt Gertrud. Tatsächlich hat dieser „weibliche Mann“ auch früher die Erlaubnis gehabt, Frauenkleider zu tragen. Die Genehmigung wurde aber aufgehoben, weil „sie“ sich auf der Straße in anstößiger Weise aufgeführt und versucht hatte, Männerbekanntschaften zu machen. Ein ähnlicher Vorfall, bei dem sie das Pech gehabt hatte, einen Kriminalbeamten anzusprechen, bildete auch den Gegenstand der gegenwärtigen Anklage gegen „Paul Gertrud“. Vom Amtsgericht war eine Haftstrafe von sechs Wochen mit gleichzeitiger Ueberweisung an das Arbeitshaus auf zwei Jahre verhängt worden. Vor der Strafkammer, die sich mit der Berufung zu beschäftigen hatte, verwies Rechtsanwält Dr. Arthur Schulz auf die unglückselige Zwitterstellung von „Paul Gertrud“. Die Strafkammer wies zwar die Berufung ab, sprach sich aber dafür aus, daß die Polizei „Paul Gertrud“ bei günstiger Führung schon früher aus dem Arbeitshaus entlasse.

Boale Zion tagt.

Der Nachfaktor der jüdischen Arbeiter.

Zu vorgerückter Stunde wurde am Donnerstag in dem Festsaal des Hadeschen Hofes der 8. Weltkongreß des jüdischen sozialistischen Arbeiterverbandes Boale Zion eröffnet.

Es waren Delegierte aus fast allen Ländern der Erde erschienen. Begrüßungstelegramme waren eingelaufen von dem Sekretariat der 2. Internationale, von den sozialistischen Parteien Deutschlands, der Tschechoslowakei und Schwedens. Für das in Brüssel gegründete sozialistische Pro-Palästina-Komitee sprach Dr. Oskar Cohn. Die offizielle Begrüßungsansprache hielt der Vorsitzende des Verbandes, Dipl.-Ing. Genosse Kaplanky. Er gab zunächst einen Rückblick über die Bewegung, die ihren Anfang vor nunmehr 25 Jahren nahm. Damals setzte die erste Arbeiteremigration nach Palästina ein. Die ganze Bewegung war an Kämpfen reich, besonders schwer waren die letzten Jahre, da gleichzeitig die finanzielle Krise des Zionismus überwunden und in geistiger Beziehung die soziale Reaktion abgewehrt werden mußte. Eine Stütze in diesem Kampf war das Bemühen der Solidarität mit der Arbeiterschaft der ganzen Welt durch die erst in Brüssel wieder beständige Jugendbrigade zur 2. Internationale. Einen neuen Impuls für die Bewegung versprach sich der Referent durch die englische Arbeiterregierung, die, wenn es ihr auch nicht möglich sei, alle Wünsche zu befriedigen, doch wenigstens die Kolonialpolitik der konservativen Regierung nicht fortsetzen wird. Kaplanky entwickelte dann das Programm der Weltkonferenz, die sich in der Hauptsache mit drei Problemen zu befassen haben wird: Die innerpalästinsischen Verhältnisse, die Stellung der Landesverbände der Boale Zion zu den sozialistischen Parteien ihrer Gastländer und die Aufstellung von Richtlinien zu dem 16. Zionistischen Kongreß im August in Zürich.

Es nahmen noch Vertreter verschiedener Länder das Wort, die alle zum Ausdruck brachten, daß die Boale Zion zu einem wirklichen Nachfaktor für die jüdischen Arbeiteremigration geworden ist. Man kann nur im Interesse des internationalen Kampfes wünschen, daß dieser jüdisch-sozialistische Arbeiterverband in Zukunft weiter so treu zu seinem Programm stehen wird. Für die glatte Abwicklung des Programms der 8. Weltkonferenz bleibt zu hoffen, daß in der Diskussion etwas mehr Rücksicht auf den Tagungsort genommen wird und Ueberlegungen der Reden aus dem Jiddischen vorgenommen werden.

Explosionsunglück in Holland.

Vier Arbeiter tot, siebzehn Verletzte.

Amsterdam, 24. Juli.

Heute nachmittag ereignete sich aus bisher ungeklärter Ursache in der Kartoffelmehl- und Dextrinfabrik der Firma A. J. Wilkens in Emmelanderwyl bei Veendam ein schweres Explosionsunglück. Der Explosion folgte ein Brand, der die Fabrik, ein Wohnhaus und zwei Bauerngehöfte in Asche legte. Das Unglück hat vermutlich vier Menschenleben gekostet. Die Leiche eines Arbeiters wurde bereits aus den Trümmern hervorgeholt. Drei Tote liegen noch unter den Trümmern.

Die Zahl der Verletzten beträgt 17; darunter befinden sich mehrere Schwerverwundete.

Der Bäderbedarf Lichtenbergs.

Das Gesundheitsamt Lichtenberg hat soden dem Bezirksamt den ersten Verwaltungsbericht des am 2. Februar vorigen Jahres eröffneten Städtischen Volksbades an der Hubertusstraße vorgelegt.

In den ersten beiden Monaten nach Eröffnung der Anstalt, im Februar und März 1928, wurden bereits 94672 Bäder genommen. Im Rechnungsjahre 1928 (April 1928 bis März 1929) war die Gesamtzahl der genommenen Bäder 464762, davon entfielen 269468 auf männliche und 195294 auf weibliche Besucher. Bei einer Einwohnerzahl des Bezirkes von 212797 sind das im Jahre pro Kopf der Bevölkerung 2,2 Bäder. Da in Groß-Berlin die Durchschnittszahl der abgegebenen Bäder pro Kopf und Jahr auf 1,4 errechnet ist, so ist der Besuch der Lichtenberger Anstalt als gut zu bezeichnen und damit ihre Notwendigkeit für den Bezirk erwiesen. Die Anstalt war an 289 Tagen geöffnet und durchschnittlich täglich von 1608 Personen besucht. Die höchste Besuchsziffer war am 26. Mai 1928 3888, die niedrigste am 14. Februar 1929 437 (am Tage vor der 14tägigen Schließung der Anstalt wegen des außergewöhnlich starken Frostes). Durch Vermittlung des Wohlfahrtsamtes wurden 1798 Bäder an Erwerbslose unentgeltlich verabfolgt. Auf Kosten der Schulverwaltung badeten 2792 Schulkinder außerhalb des obligatorischen Schulschwimmunterrichts. Schwimminstrich erhielten 1264 Personen. Unentgeltlicher obligatorischer Schulschwimmunterricht wurde 5082 Kindern erteilt. Von 2671 Schülern und 2411 Schülerinnen erlernten 582 und 795 das Schwimmen, 981 und 739 schwammen sich frei, 777 und 636 brachten es zum Fahrtenschwimmer. 64 Knaben legten die Rettungsschwimmerprüfung ab.

Das Wasser in beiden Schwimmbecken der Anstalt wurde allmonatlich durch das Hauptgesundheitsamt bakteriologisch untersucht; die Befunde waren stets einwandfrei. Die medizinische Kuranstalt des Lichtenberger Volksbades hat während des Rechnungsjahres 1928 insgesamt 16691 Heilbäder verabfolgt. Davon entfielen auf Krankenhausteilhaber und auf Wohlfahrtskranke 11767. Ganz vorzüglich hat sich die Einrichtung der unentgeltlichen ärztlichen Badeberatung bewährt, die namentlich Kinderbesuchern, die keiner Krankenkasse angehören, dienen soll (Sprechstunden Montag bis Donnerstag von 17—18 Uhr). Die Verwaltung des Städtischen Volksbades Lichtenberg ist bemüht, durch aufmerksames Verhalten des Personals und durch peinlichste Sauberkeit des Betriebes den lebhaften Zuspruch der Bevölkerung nicht nur zu erhalten, sondern noch zu verstärken. Die Kaufmännlichkeit der Anstalt ist hinsichtlich der Reinigungsabläufe (Bannen- und Brausebäder) längst nicht erschöpft.

Kennfahrer Kremer freigesprochen.

Das Schöffengericht Köln sprach am Mittwoch den Kennfahrer Kremer von der Anklage der fahrlässigen Tötung frei. Auf der Bonner Straße ereignete sich am 26. März dieses Jahres ein Zusammenstoß zwischen einem von Kremer gesteuerten Auto und einem Straßenbahnwagen. In dem Auto saß der in Sportreifen bekannte Schrittmacher Christian Junggeburth, der so schwere Verletzungen erlitt, daß er drei Wochen später an den Folgen des Unfalles starb. Junggeburth erklärte auf seinem Erbeerbette, seinen Freund treffe keine Schuld an dem Unglück, da er sich noch in letzter Sekunde bemüht habe, den Wagen zum Halten zu bringen. Nunmehr wird Kremer als Vertreter Deutschlands an dem Austrag der Radweltmeisterschaften in Zürich teilnehmen können.

Noch mehrere Tage Moorbrand in Oldenburg!

Der Moorbrand bei Strichhausen in Oldenburg wurde gestern abend um 10 Uhr zum Stehen gebracht. Heute vormittag tobte das Feuer bei wieder ausströmenden Winden erneut auf, die Löschmannschaften sind jedoch Herr der Lage. Der Torfbrand wird aber noch mehrere Tage andauern. Der Gesamtschaden wird auf 500000 Mark geschätzt. 150 Kubikmeter Torf sind verbrannt. Außerdem sind vier Häuser abgebrannt und einige Häuser und Gehöfte beschädigt und geräumt.

Kommende Doppelprogramme der Funk-Stunde.

Die Funk-Stunde in Berlin beschäftigt vom 4. August ab ein Doppelprogramm zur Sendung zu bringen dergestalt, daß die Sendergruppe Berlin-Wigleben, Berlin D., Stettin und Magdeburg das eine und der Deutschlandsender Königs-musterhausen das andere Programm verbreiten. Während schon seit längerer Zeit die Funk-Stunde ein- bis dreimal wöchentlich getrennt von ihrem sonstigen Programm Sonderdarbietungen über den Deutschlandsender veranstaltet hatte, soll vom 4. August ab diese Maßnahme zur regelmäßigen Einrichtung werden. Den Hörern, die inmitten der Stadt mit ihren ungünstigen Fernempfangsverhältnissen wohnen, soll damit vornehmlich die Möglichkeit gegeben werden, mit einfachen Empfangsgeräten jeden Abend aus zwei in Charakter verschiedenen Programmen sich das Gemünschte auszuwählen. An dem ursprünglichen Plan, daß der Deutschlandsender auch Spitzenleistungen anderer deutscher Sender übernimmt, soll nichts geändert werden, und so wird der Deutschlandsender wenigstens einmal in der Woche Darbietungen eines anderen deutschen Rundfunksenders verbreiten.

Ein Freilichttheater des Volksparks Jungfernheide veranstaltet der Volkshor „Harmonie“ Charlottenburg am Freitag, dem 26. Juli, abends 8 Uhr. Zum Vortrag gelangen Mäurer, Frauen- und gemischte Chöre. Die Darbietungen des beliebten Volkshores finden bei freiem Eintritt statt.

Jetzt gibt es
Pixavon
die wundervolle goldklare Haarwuschseife für jedes Haar, auch als Shampooon für 30 Pfennig

Kaliindustrie von heute.

Der Enqueteauschuss veröffentlicht. — Erfolgreiche Zwangswirtschaft.

Welche Wirkungen die Sozialisierungs-Gesetzgebung von 1919 auf Kohlenbergbau und Kaliindustrie gehabt hat, ist im einzelnen bisher noch niemals festgestellt worden. Erst ein Bericht des Enqueteauschusses (Die Deutsche Kaliindustrie, Berlin 1929, Verlag Ritter u. Sohn) gibt jetzt Gelegenheit, den großen Erfolg der 1919 und 1921 gesetzgeberisch begründeten Zwangswirtschaft in der Kaliindustrie zu überblicken, deren Ergebnis ein völlig neuer fortschrittlicher und technisch und wirtschaftlich rationaler Aufbau der Kaliindustrie war.

An die Stelle einer Industrie mit einer Ueberzahl von kleinen und obendrein mangelhaft ausgenutzten Produktionsstätten unter und über Tage ist eine Großindustrie mit Großbetrieb im Bergbau und in der chemischen Fabrik getreten, und die Entwicklung der letzten Jahre ließ diesen neuen Charakter der Kaliindustrie immer deutlicher in Erscheinung treten. Seit dem Jahre 1921, in dem die grundlegende Kaliwirtschaftsgesetzgebung abgeschlossen wurde, hat sich die auf den einzelnen Förderstätten entfallende Kalkherzeugung vervierfacht und die durchschnittliche Leistung je einer Fabrik beinahe verdreifacht.

Gleichzeitig konnte der Effekt der menschlichen Arbeit in der Kaliindustrie gewaltig gesteigert werden.

Der Förderanteil im Kalisalzbergbau hat sich in den letzten fünf Jahren verdoppelt, der Kraft- und Wärmeverbrauch im Bergbau und in den Fabriken konnte gleichzeitig je Einheit der Produktionsmenge annähernd halbiert werden, und diese Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen. Alles in allem kann nämlich der Enqueteauschuss feststellen, daß in den Jahren seit 1926 die Produktion um ein Drittel stieg, während gleichzeitig die Kosten um mehr als ein Fünftel sanken und der Durchschnittslohn je Schicht sich um mehr als ein Sechstel erhöhte.

Wie in anderen Industrien hat auch in der Kaliindustrie die durchgreifende Neuordnung der gesamten Produktionsverhältnisse dazu geführt, daß

der Lohnanteil in der Kaliindustrie außerordentlich niedrig geworden

ist. Im Jahre 1928 war die Lohnsumme im Kaliberwerb nur ungefähr ebenso groß wie im Jahre 1913; da für dies Jahr eine Kostenerhebung nicht angesetzt werden konnte, ist es nicht möglich festzustellen, welche Höhe damals der Lohn im Verhältnis zu den übrigen Kosten erreicht hat. Für 1928 kommt der Enqueteauschuss auf Grund einer eingehenden Selbstkostenerhebung zu dem Ergebnis, daß der Lohnanteil im Rahmen der Gesamtkosten sich auf rund 23 Proz., der Anteil sämtlicher Personalkosten (Löhne, Gehälter und Soziallasten) sich auf rund 34 Proz. stellen.

Je Doppeltsozialer Reinkauf sind die Personalkosten 1926 bis 1928 stark gesunken und stellen sich ungefähr auf:

| Jahr | 1926 | 1927 | 1928 |
|----------------|---------|---------|---------|
| Personalkosten | 5,00 M. | 4,50 M. | 4,60 M. |

Der Anteil der Personalkosten betrug rund

| Jahr | 1926 | 1927 | 1928 |
|--------|----------|----------|----------|
| Anteil | 35 Proz. | 30 Proz. | 29 Proz. |

Dagegen stieg der Anteil des Reinüberschusses am Bruttoerlös, nachdem noch 1926 ein Verlust zu verzeichnen war, 1928 auf rund 22 Proz. Während also der Anteil der Arbeit am Produktionsertrag gesunken ist, ist der des Kapitals gestiegen!

Angelehnt dieser Entwicklung hat das in der Kaliindustrie investierte Kapital allen Anlaß, mit einer Gesetzgebung zufrieden zu sein, die ihm so großen Erfolg verschafft hat, und die Arbeiterschaft, die gewiß geringeren Nutzen aus der Gesetzgebung gezogen hat, kann immerhin feststellen, daß die Löhne in der Kaliindustrie keine ungünstige Entwicklung genommen haben.

Korrekturbedürftige Abschlußpolitik — Kaliindustrie und Landwirtschaft.

Den Erfolgen der technischen und wirtschaftlichen Rationalisierung der Kaliindustrie stehen keine entsprechenden Erfolge in der Abschlußpolitik gegenüber.

Zwar ist es dem Kalisyndikat gelungen, eine stetige Steigerung seines Inlandsabfahres zu erreichen, diese Steigerung ist aber hinter dem, was von landwirtschaftlichen Sachverständigen für erstrebenswert gehalten wird, erheblich zurückgeblieben. Ihr Schwergewicht lag in den nicht ostbayerischen Landwirtschaftsgebieten, denn es stieg seit 1913 der Abfall der Kaliindustrie.

| | |
|--|------|
| in Ostdeutschland nur um | 30% |
| „ Mitteldeutschland | 50% |
| „ Nordwestdeutschland dagegen um | 100% |
| „ Westdeutschland um | 100% |
| und in Süddeutschland sogar um | 125% |

Die Abschlußsteigerung konzentriert sich also vorwiegend auf die Gebiete mit vorherrschender bäuerlicher Wirtschaft. Dabei hat das Kalisyndikat es nicht verstanden, den besonderen Bedürfnissen der Bauernwirtschaft in seiner Abschlußpolitik ausreichend Rechnung zu tragen.

Der Bericht des Enqueteauschusses zeigt, daß die Frachtpolitik des Syndikats bis in die Gegenwart hinein dazu geführt hat, daß durch die Anwendung der Frachtpolitik Stahl für die Beseitigung Ostdeutschlands eine laufende künstliche Kalipreispolitik ermöglicht wurde, während der bäuerlichen Landwirtschaft Süddeutschlands die Vorteile, die sich für sie aus der Errichtung der Badischen Kaliverwerke ergaben könnten, dadurch vorenthalten werden, daß eine gekünstelte Frachtberechnung auch das aus den badischen Schächten geförderte Kali zu Preisen an den Landwirt gelangen läßt, die so berechnet sind, als käme das Kali aus Thüringen.

Dienst an der Landwirtschaft. — Eine Aufgabe der Reichskalipolitik.

Auch die Propaganda des Kalisyndikats trägt den veränderten inländischen Abfahrmöglichkeiten nicht in ausreichendem Maße Rechnung. Während im Jahre 1913 das Kalisyndikat auf Grund gesetzlicher Verpflichtung 6,7 Millionen Mark für Inlandspropaganda zur Verfügung stellen mußte, stellte sich kein Aufwand für diese Propaganda in den letzten Jahren auf nur rund 4,5 Millionen Mark. Dabei ist es übereinstimmende Auffassung aller Sachverständigen, daß der Fortschritt der Anwendung künstlicher Düngemittel im bäuerlichen Betrieb nur mit Hilfe einer planmäßigen und zielbewußten Propaganda erreicht werden kann.

Da das Syndikat offenbar die Kosten dieser Propaganda heute von den öffentlichen Körperschaften und den Selbstverwaltungsgesellschaften der Landwirtschaft tragen läßt, ohne selbst angemessen zu ihnen beizutragen, sollte es die Aufgabe der Kalipolitik

des Reichs sein, durch energischen Druck auf das Kalisyndikat einen angemessenen Beitrag von ihm zu dem Aufwand der öffentlichen Hand für das landwirtschaftliche Unterrichts- und Beratungswesen zu erlangen, zumal eine Preisentzug für Kali mit Rücksicht auf die internationale Marktlage Schwierigkeiten begegnet.

Dieser Beitrag des Kalisyndikats sollte mindestens ausreichen, einen angemessenen Ertrag für die alte Kaliabgabe der Vorkriegszeit zu bilden, also 10—15 Millionen Mark betragen. Dabei erscheint es durchaus zulässig, das Syndikat nicht nur zu Lasten der Werke zu einem solchen wirtschaftsfördernden Aufwand heranzuziehen, sondern

auch die Gewinne der den Kalisalz absetzenden Organisationen des Handels und der landwirtschaftlichen Genossenschaften zu beschneiden.

Planwirtschaft oder Rentenschutz?

Die beseitigte Kontingentierung der Brauindustrie.

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit ist in den letzten Tagen der Sitzungsperiode des Reichstags eine wirtschaftspolitische Entscheidung gefallen, die sowohl wegen der einschneidenden Wirkung auf einen wichtigen Wirtschaftszweig wie wegen ihrer grundsätzlichen allgemeinen Bedeutung einer Erörterung bedarf. Der Reichstag hat es nämlich abgelehnt, die Kontingentierungsbestimmungen für die Brauindustrie zu verlängern. Sie stammten aus der Kriegszwangswirtschaft; ihrer Natur nach waren sie planwirtschaftlich, sie regelten die Gesamtproduktion und schränkten die Konkurrenz ein. Die Frage für die Arbeiterschaft ist die, ob sie den Fortfall dieser Bestimmungen als Befreiung eines Ansehens zu planwirtschaftlicher Regelung zu werten und zu bedauern hat oder nicht.

Dabei muß zunächst festgemacht werden, daß in diesem Falle die Unternehmer, die sonst nicht genug auf jede zwangs- oder planwirtschaftliche Regelung schimpfen können, sehr dringend die Verlängerung der Kontingentierung verlangten.

Was sollte die Kontingentierung und was wurde mit ihr erreicht?

Die Getreideknappheit der Kriegszeit hatte zu einer Einschränkung der Bierherstellung auf 75 Proz. des Abfahres von 1912/13 geführt; zugleich sollte dadurch die Rohstoffbeschaffung der Kleinbetriebe gesichert werden, die sonst beim Getreidekauf von den Großbrauereien überboten worden wären. Diese Bestimmungen wurden, etwas abgeändert, in die Biersteuergeetze von 1918 und 1923 aufgenommen.

Um den Uebergang zur Friedenswirtschaft zu erleichtern, erhielt der Reichstag die Befugnis, alljährlich die Gesamtjahresmenge des zu brauenden Bieres in Prozenten des Abfahres von 1912/13 festzusetzen, woran die Brauereien mit festen Quoten beteiligt waren. Die Einhaltung dieser Bestimmungen wurde sehr wirksam erzwungen: für jedes Hektoliter Mehrherzeugung mußte die doppelte Biersteuer bezahlt werden; und durch dieselbe Bestimmung war eine Neugründung von Brauereien unmöglich gemacht worden.

Erreicht werden sollte vor allem der Schutz des Kleinbetriebes. Denn in kaum einem anderen Zweig hat sich die

Konzentrationsstendenz so stark durchgesetzt

wie im Brauereigewerbe: 1890 gab es noch 18 492 Betriebe, 1912/13 nur noch 10 283; 1920/21 war sie auf 3994 gesunken, um bis 1926/27 wieder auf 6511 Betriebe zu steigen. In dem Ansteigen der Betriebszahl für die letzten Jahre ist aber weniger die gute Wirkung der Kontingentierung als die allmähliche Ueberwindung der

Die diesen Organisationen heute eingeräumten Rabatte, die fast 13 Millionen Mark jährlich betragen, haben eine unangemessene Höhe erreicht, die offenbar auch den Enqueteauschuss überrascht hat. Mit der Rationalisierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens sollte eine wesentliche Verminderung dieser Rabatte möglich werden.

Wenngleich eine Preisentzug Bedenken begegnen kann, weil einer inländischen Preisentzug auch Preisentzügen im Auslande folgen müßten, so müssen doch die Ausführungen des Enqueteauschusses über die Grundzüge der bisherigen Preispolitik beachtet werden. Sie kommen praktisch zu dem Ergebnis, daß der Reichstag seit den Inflationsjahren die Verantwortung der Preispolitik im wesentlichen dem Reichswirtschaftsminister als der letzten Kontrollinstanz überlassen hat, ein Ergebnis, das weder im Sinne der Gesetzgebung von 1919, noch im Sinne des wirtschaftsdemokratischen Gedankens erstrebenswert erscheint. Ob sich nicht daher eine Gesetzesänderung derart empfiehlt, daß die gemeinwirtschaftlichen Interessen im Reichstag eine stärkere Vertretung finden als bisher, sollte auf das Sorgfältigste geprüft werden.

Kriegs- und Inflationsverhältnisse zu erblicken. Auch das Anwachsen des Bierkonsums, der — pro Kopf der Bevölkerung — von 102 Liter im Jahre 1913 auf 54 Liter im Jahre 1921 gefallen und 1927 wieder auf 80,8 Liter angewachsen war, führte zur Inbetriebnahme früher stillgelegter Brauereien. Daß trotzdem die Konzentration Fortschritte machte, geht daraus hervor, daß die Großbrauereien (über 100 000 Hektoliter Jahresausstoß) im Jahre 1921 35 Proz. der Gesamtproduktion, 1926 aber 50 Proz. lieferten.

Zweiterlei war es, was zur Konzentration drängte: Einmal sind für die Unkosten der Bierherstellung maßgebend die Beiträge, die auf jedes Hektoliter Bier als Anteil an den Anlagekosten verrechnet werden müssen. Die Anlagen sind weitgehend gleich bei hoher oder niedriger Produktion; aber bei hoher Produktion verteilen sich ihre Kosten auf viele Hektoliter, bei niedriger auf wenige. Jede Einschränkung der Erzeugung muß also unkostensteigernd wirken. Zweitens war die Uebertragung des Kontingents, das jeder Brauerei zustand, auf eine andere nicht verboten. Um ihre Anlagen nun nach Möglichkeit voll auszunutzen (und die Unkosten zu senken), kauften die Großbrauereien in großem Maße die Braukontingente von kleinen Betrieben, die dann stillgelegt wurden.

So wurde der Konzentrationsprozeß durch die Kontingentierungsbestimmungen keineswegs gehemmt.

Sie waren nur die Grundlage dafür, daß zahlreiche Brauereibetriebe aus dem Verkauf ihres Braukontingents eine Rente bezogen. Jetzt herrscht wieder uneingeschränkte freie Konkurrenz, die zweifellos zu Kämpfen um den Absatz durch Preisunterbietungen führen wird. Dabei dürften die Kleinbetriebe vollends unterliegen oder doch auf die Lokalmärkte beschränkt werden. Die Brauereientnehmer schreiben in ihrer Eingabe an den Reichstag: „Starke Finanzgruppen des Auslandes warten nur auf den Augenblick, in welchem die bisherigen Schutzbestimmungen fallen, um erhebliche Kapitalien in der Neuerrichtung von Brauereien zu investieren.“ Wie groß müssen doch die Verdienste und Verdienstmöglichkeiten im Brauereigewerbe sein, wenn das Auslandskapital so gespannt auf die Betätigungsmöglichkeit wartet!

Die Arbeiterschaft hat jedenfalls in diesem Falle kein Interesse an einer planwirtschaftlichen Regelung, die nur dazu dienen kann, den Ausschlagprozeß künstlich aufzuhalten, durch Ausschaltung der Konkurrenz eine Preisentziehung zu verhindern und einer bestimmten Gruppe von Kapitalisten eine hohe Rente zu sichern. Die Sozialdemokratie hat mit Recht gegen eine Verlängerung der Kontingentbestimmungen im Reichstag gestimmt.

Luffahrt in London.

E. W. London, im Juli. (Eigenbericht.)

Die gegenwärtig hier in der großen Olympia-Halle stattfindende internationale Luffahrt-Ausstellung ist von einer Reichhaltigkeit und Vollständigkeit, wie wir sie kaum je zuvor bei einer anderen ähnlichen Ausstellung im Ausland gefunden haben.

England unterhält eine große Luftmacht und daß hier alle möglichen mörderischen Kriegsluftzeuge, angefangen vom kleinen Stinson Jagdflugzeug bis zu den größten mehrmotorigen Bombenflugzeugen, vertreten sind, versteht sich in einem solchen Lande trotz aller Abrüstungsbestrebungen ja von selbst. Daneben ist es aber erfreulich, daß hier trotzdem nicht die Militärflugzeuge überwiegen, daß vielmehr auch die rein zivilen Flugzeuge stark vertreten sind.

Wenn auch noch in bescheidenen Grenzen, so wird das Flugzeug immer mehr ein Handelsobjekt. England hat von ganz Europa die meisten Privatflugzeugbesitzer. Hier sind es nicht nur kleine leichte Maschinen, die ausschließlich dem Sport dienen, sondern auch etwas stärkere Ausführungen mit etwa 80 bis 120 pferdigen Motoren, die außer zu Sport- vor allen Dingen zu privaten Reisezwecken Verwendung finden. England hat in dieser Hinsicht eine ganze Reihe famoser Konstruktionen herausgebracht. Erinnert sei hier nur an die „Moira“ von De Havilland, an Avro, Blackburn, neuerdings auch Desoutter, Simmonds und einige andere. Die kleinen Maschinen mit Motoren um 30 PS. Leistung herum sind bereits von 370 Pfund Sterling an zu haben. Für die Reiseflugzeuge mittlerer Größe liegen die Preise im Mittel zwischen 600 und 800 Pfund Sterling. Gewiß für weite Kreise noch viel zu teuer, dennoch besteht aber schon heute eine Möglichkeit, solche Flugzeuge zu verkaufen.

Deutschland hat sich in neuerer Zeit sehr ernsthaft damit befaßt, ebenfalls solche leichten Maschinen zu schaffen, um mit ihnen auf dem Weltmarkt zu konkurrieren. Die Firmen, die eingesehen haben, daß der Flugzeugbau nicht immer ausschließlich von Subventionen leben kann und darf, sondern daß man durch eigene Initiativen vorwärts kommen muß, sind im Ausland nicht mehr unbekannt und werden auch hier beachtet. Die kleinen Maschinen der Bayerischen Flugzeugwerke, des Reichsflugzeugbaues Klemm und das neue Sport- und Reiseflugzeug Junkers-Junior, übrigens das erste Ganzmetall-Reiseflugzeug, sind geeignet, mit den ausländischen Fabrikaten, von denen neben den Engländern vor allen Dingen die Italiener zu beachten sind, zu konkurrieren.

Im Verkehrsflugzeugbau ist man hier zumeist an

derer Wege gegangen. Man hat hier speziell Flugzeuge geschaffen, die dem augenblicklichen Verwendungszweck und seinen Möglichkeiten genügen. An Reisenprojekte, für die die Zeit noch nicht gekommen ist, interessiert man sich hier weniger und hat dabei keine schlechte Erfahrungen gemacht. Die Engländer bevorzugen heute vorwiegend den Metallbau. Im Gegensatz zu uns verwenden sie jedoch Leichtmetalle nur wenig und haben sich vor allem auf die Verarbeitung von Stahl eingestellt.

Bemerkenswert ist auch hier wieder die Tatsache, wie sehr die Motoren verbessert und vervollkommen worden sind. Dit hat man sich darauf beschränkt, bisher gebräuchliche Typen für höhere Leistungen umzugestalten. Neben den starken und mittleren Motoren hat man besonderes Augenmerk auch auf Motoren zwischen 60 und 100 PS. Leistung verwandt und gute Ausführungen geschaffen. Unter diesen fällt als besonders gelungene Ausführung ein kleiner luftgekühlter Vierzylinder von 80 PS. auf, den die Argus-Motoren-Gesellschaft (übrigens mit den Hoch-Motoren in Arbeitsgemeinschaft) neuerdings herausgebracht hat und der schon die neuen erschweren Prüfungsbedingungen erfüllt hat.

Unveränderte Arbeitslosigkeit.

Der Umfang der Arbeitslosigkeit blieb auch in der Woche zum 20. Juli nach dem Bericht der Reichsanstalt nahezu unverändert. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung steht seit Ende Juni auf etwa 720 000. Ob diese Stagnation, die im Sommer regelmäßig eintritt, nur auf die jahreszeitliche Spannung zurückzuführen ist, läßt sich nicht ohne weiteres sagen, denn die Bewegungen des Marktes sind überaus lebhaft und unheimlich.

Schon wieder Sanierungszeit! Die Raifmedie u. Co. Maschinenfabrik A.-G., Düsseldorf, kommt aus den Schwierigkeiten nicht heraus. 1926 wurde das Aktienkapital im Verhältnis 3:1 zusammengelegt, aber die folgenden Geschäftsjahre schlossen mit Verlust. Während das Zwischengeschäftsjahr Oktober bis Dezember 1927 etwa 14 000 M. Verlust ergab, übertraf jetzt der Abschluß für 1928 mit einem Verlust von 340 000 M. Und dieser scheint noch durch Ueberbewertung der Anlagen und Vorräte zu niedrig ausgewiesen zu sein. Also soll das Kapital auf 1 Million Mark (2:1) herabgesetzt und auf 15 Millionen Mark wieder erhöht werden, um die Mittel zur Veräußerung und für notwendige Abschreibungen zu beschaffen. Außerdem soll der gesamte Betrieb innerhalb Düsseldorfs verlegt werden.

Leo Perutz: Der Invalide

In der Stadt Barcelona, dort, wo von der breiten, sonnen- durchglühten Kalipromenade eine Palmenallee zum Kolombus- denkmal führt, fragte ich einen spanischen Soldaten, der den Römern Bröstliche zuwarf, nach dem Weg zur Kathedrale.

Ich verstehe nur wenige Worte der Sprache, die in Barcelona gesprochen wird. Es ist nicht Spanisch, es ist katalonisch, und dieser Dialekt soll, wie mir Kenner versichern, auch für den geborenen Spanier nicht leicht zu verstehen sein. Aber der junge Spanier gab mir eine Antwort weder auf Spanisch noch auf katalonisch, er wies mir vielmehr mit ein paar kurzen, aber ausdrucksvollen Hand- bewegungen den Weg: Geradeaus — rechts — nochmals rechts — dann links. Ich wußte Bescheid. Der Weg war weit, die Sonne brannte und der Soldat meinte, ich täte besser, die Elektrische zu benutzen. Wiederum sprach er nicht katalonisch, sondern er deutete durch Gesten das Pausen einer Glocke an und das Gleiten der Elektrischen — ich verstand ihn sofort. Und da der Wagen sich nicht zeigen wollte, so machte mein freundlicher Begleiter mir den Vor- schlag, mich inzwischen auf die Bank neben ihn zu setzen und zu warten.

Der junge spanische Soldat war stumm. Nur seine Hände plau- deten fröhlich und unbekümmert, und es gab nichts, was sie mir nicht in klaren, mühelos zu verstehenden Zeichen erzählt hätten. Er habe den Krieg in Marokko mitgemacht, berichtete er, und seine Hände malten den ganzen Tumult einer Schlacht: Vorwärtsstürmen, Schnellfeuer, Ueberfall und Rückzug. Ueber die Notwendigkeit dieses Feldzuges hatte er seine eigene skeptische Meinung und er brachte sie rüchhallos durch Achselzucken und ärgerliches Kopf- schütteln zum Ausdruck.

Ein Wagen fuhr vorbei und der junge Invalide machte mich so- gleich (indem er die Häufte holte und schüttelte, so etwa, als hätte er Jügel in den Händen und ein Gespann zu regieren) darauf auf- merklich, daß die Pferde schön, stark und feurig wären, echte andalusische Rasse. Dann zwinkerte er mit den Augen nach links und lächelte mir zu. Ich wandte mich um. Zwei spanische Offiziere kamen langsam Schritte die Promenade heraus, und mein spani- scher Freund hatte mir mitgeteilt, daß er folgende die Ehrenbeglei- tung zu leisten haben werde, und daß er diese Zeremonie für gänz- lich überflüssig halte, indem er auf einen imaginären Reifbrett Stützen entwarf und dann mit den Händen allerlei Architektur: Portale, Fensterreihen, Treppen und Dachstülpeln formte. Das sei ein gutes Gewerbe, man könnte Geld verdienen.

Eine junge Dame setzte sich, mit einem Buch in der Hand, neben uns. Der junge Soldat gab mir zu verstehen, daß sie jung und hübsch sei und er ermunterte mich, mein Glück bei ihr zu versuchen. Ich werde Erfolg haben, daran sei nicht zu zweifeln, beteuerte er. Er machte selbst den Vermittler und wandte sich an die junge Dame, indem er ihr versicherte, daß mein Herz lichterloh für sie brenne. Ich sei reich, ein Fremder von weit her, ich wolle sie mit nach Hause nehmen, sie werde mit der Eisenbahn fahren. Das Mädchen wurde verlegen, lächelte und blätterte in ihrem Buch. Er deutet auf seine Schaffern, dorthin, wo die spanischen Offiziere die Distinktionen tragen, zwitzelte dann unternehmend seinen nicht vorhandenen Schnurrbart und eröffnete mir auf diese Art, daß die junge Dame bereits Beziehungen zu einem eleganten, jungen Offizier habe und leider nicht mehr frei sei. Um mich zu trösten, blies er in die hohle Hand und machte die Geste des Wegwerfens. Das hieß: Mach dir nichts draus, sie ist der Rühre nicht wert, es gibt viel schönere Mädchen hier in der Stadt.

Wir verstanden uns vollkommen, wir unterhielten uns über alles Mögliche. Auf der ganzen Fahrt durch das fremdsprachige Land habe ich keinen Menschen so gut verstanden, wie diesen jungen stummen Invaliden.

Meine Elektrische wollte nicht kommen, doch ich hatte keine Zeit. Er holte Bananen aus seiner Tasche und bot mir von ihnen an. Ich möge nur zugreifen, meinte er, er habe ihrer genug. Wir tauschten Zigaretten und rauchten. Und dann kam der Postwagen.

Er war mit Häusern beladen und polterte schwer die Promenade heraus. Und gerade vor unserer Bank stürzte das eine der beiden Pferde zu Boden. Er verlor sich aufzuraffen, fiel wieder und konnte nicht weiter.

Der Reiter kletterte fluchend vom Wagen und schlug mit dem Peitschenstiel auf das arme Tier ein.

Der Soldat war aufgesprungen. Er war dunkelrot im Gesicht und zitterte vor Zorn. Seine Zigarette fiel zu Boden. Er wollte etwas rufen oder schreien, aber aus seinem Mund kam nur ein dumpfes Gurgeln.

Er wandte sich an mich. Er wollte sprechen, erklären, anklagen, aber zum erstenmal versagten seine berebten Hände und er stand hilflos, stumm und verzweifelt vor mir.

Furchtbare und unaussprechliche Minute! Wie werde ich vergessen, wie Zorn, Jammer und Empörung mit einemmal den Stummen sprachlos machten.

Finis Salzwedel: Wanderungen der Fische

Die regelmäßig wiederkehrenden Wanderungen unserer Zug- vögel sind hinreichend bekannt. Weniger bekannt scheinen die gesetzmäßigen Wanderungen unter den Fischen zu sein, deren Beob- achtung und Erforschung uns weit mehr Schwierigkeiten bereiten als die Wanderzüge der Vögel. Das liegt einmal daran, daß das Hilfsmittel der Beringung, das bei der Erforschung des Wan- derzuges der Vögel so große Dienste leistet, bei den Fischen fast gänz- lich in Wegfall kommt. Man ist allerdings in letzter Zeit auch zu einer Markierung bei den größeren Fischen übergegangen, indem man kleine kupferne Ringe in den Flossen befestigt. Das ist aber nur bei den größeren Fischen zu bemerkstelligen, für die Fischbrut kommt eine solche Kennzeichnung nicht in Frage. Wir wissen, daß die riesigen Wanderungen der Heringe mit der Nahrungsfrage in engster Beziehung stehen und kennen die Wanderströme ganz genau, weil die natürlichen Feinde des Heringes wie Walstisch, See- hund, Delfine und Röhren seinem Zuge folgen. Wir wissen wohl, daß der Laichplatz des Kals mitten im Atlantischen Ozean zwischen dem 25. und 45. Grad nördl. Breite in einer Tiefe von 800 bis 1000 Meter liegt, wir verdanken diese Feststellung der Tiefsee-Forschung. Aber den Laich des Kals selbst hat man bisher noch nicht gefunden, wohl aber kennen wir wieder die Kalkarne und deren Entwicklungsgang. Der Kal ist ein Südmassenschiff und wandert zum Laichen aus den Flüssen ins Meer. Die jungen Kale

Dr. W. Wächter: Der Fliegenpilz

Wie alljährlich, wenn die Zeit der Pilze, der Schwammerlinge gekommen ist, wenn ein Omelette mit Steinpilzen, Steinpilze mit Knödeln, gebratene Rehlings mit Ei den Gaumen der Pilzfreunde kitzeln, lesen wir auch jetzt wieder in den Zeitungen von bedauer- lichen Vergiftungen durch den Genuß giftiger Pilze. Es mag sein, daß allmählich im Publikum die Kenntnis der giftigen Pilze Fort- schritte macht, aber der Anfänger in der Pilzkunde wird stets seine Schwierigkeiten haben, das Echte vom Ungenießbaren und Gift- igen unterscheiden zu lernen. — Nur einen giftigen Pilz kennt jeder, den prachtvollen Fliegenpilz mit seinem scharlachroten oder gelbroten weiß getüpfelten Hute, so daß Vergiftungen durch den Fliegenpilz selten vorkommen. Vor dem Kriege als noch italienisch- Arbeiter in Deutschland waren, ist es allerdings vorgekommen, daß diese den Fliegenpilz mit dem in Italien gebräuchlichen und dort häufigen Kasperpilz verwechselten. So starben einmal eine Anzahl Italiener, die in der Kolonie Grunewald bei Berlin mit Erdarbeiten beschäftigt waren, nach dem Genuß des Fliegenpilzes. — Seinen Namen hat dieses „Männlein im Walde“ daher bekommen, daß unsere Stubenfliegen sterben, wenn sie von ihm naschen. Andere Tiere hingegen, vor allem die Schnecken, können ohne Schaden den Pilz genießen. Sie scheinen ihn ebenso zu lieben, wie etliche Wochen vorher die Erdbeeren, die zum großen Verger aller Gartenbesitzer ja so gern von den Schnecken angeknabbert werden.

Es gibt aber auch Menschen, denen der Fliegenpilz angeblich nichts anhat, besonders soll er dann unschädlich sein, wenn man ihm seine rote Haut abzieht. Wenn auch vielleicht dieser oder jener immun gegen das Gift des Fliegenpilzes sein sollte — es kommt auch bei anderen Pilzen vor, — so darf man sich dadurch nicht verleiten lassen, ihn zu essen, auch dann nicht, wenn man weiß, daß ganze Völkerschaften den Fliegenpilz als Raushgift benutzen, ohne an ihm sterben zu müssen. — Es ist lange bekannt, daß sibirische Nomadenvölker der Pilz das ist, was heute gewissen Leuten das Kokaïn ist. So tragen die Korjaken getrocknete Fliegen- schwämme bei sich, die sie zerkauen, zu einer Art großer Bille formen und dann verschlucken. Die Menschen geraten nach dem Genuß dieser übrigens schlecht schmeckenden Bille in einen merk- würdig aufgeregten Zustand. Die Augen nehmen einen wilden Ausdruck an und die Hände geraten in ein nervöses Zittern. Dann tritt eine Art Betäubungszustand ein, in dem die Leute zunächst anfangen, einbüßige Lieder zu singen. Diese werden dann immer lauter, die Menschen werden lebhaft und schließlich tobstüchtig. Der Tobfuchsanfall endet mit völliger Erschöpfung, die Menschen fallen wie tot hin und sinken in einen tiefen Schlaf. Sinnliche und lust- erregende Träume sind das Ziel der sich Berauschtenden. — Nach dem Erwachen kann sich der ganze Vorgang noch ein- oder zweimal wiederholen. Der Reisende Enderik, dem wir diese Beobach- tungen verdanken, erzählt dann weiter: Als die Leute aus ihren Träumen erwachten, entleerten sie ihren Urin vor aller Augen in

ein Blechgefäß und tranken ihn. Dadurch wurde der Raushzustand die ganze Nacht aufrechterhalten. Der nichtverbrauchte Urin wurde für spätere Orgien aufbewahrt. So widerwärtig und abstoßend diese Gewohnheiten der schmutzigen sich niemals waschenden Men- schen auch sein mögen, so lehrreich sind sie für den Physiologen und Völkertundigen. Der Fliegenpilz wächst nicht in den Gegenden, in denen die Korjaken wohnen; er ist also schwer zu beschaffen und kostspielig. So ist der Pilz dort ein Handelsartikel geworden und der berühmte Reisende Kennan, dem wir u. a. auch die Berichte über die sibirischen Gefängnisse unter der zaristischen Regierung verdanken, die seinerzeit das größte Aufsehen erregten, erzählt, daß die Leute an russische Händler für einen einzigen Fliegenpilz Pilze im Werte von fünfundsiebenzig Rubeln bezahlten. — Wie die Kor- jaken darauf gekommen sind, zu erkennen, daß das herausgehende Gift im Urin erhalten bleibt, ist schwer verständlich. Unseren Physiologen, die sich mit dem Stoffwechsel des Menschen be- schäftigen, ist diese Erscheinung nicht besonders auffällig, denn es gibt viele Stoffe, die im Körper nur zum Teil zerlegt werden und durch den Urin wieder ausgeschieden werden.

Der wirksame Stoff des Fliegenpilzes wird gewöhnlich als Muskarin bezeichnet — der Fliegenpilz heißt Amanita muscaria, — aber es ist nicht sicher, ob wirklich immer ein Muskarin in dem Pilz vorhanden ist, wie Gilt und Schürhoff in ihrem hier schon einmal erwähnten Buche „Aus dem Reiche der Drogen“ be- richten. Die subjektive Immunität gegen den Fliegenpilz beruht vielleicht zum Teil ja auch darauf, daß das Gift in seiner Zu- sammensetzung wechselt. Um so vorsichtiger sollte man also sein.

Es wird übrigens behauptet, daß auch die alten Germanen den Fliegenpilz schon als Raushgift verwendet hätten. Die sagen- haften Berker, die sich nach Art der malayischen Amokläufer voller Wut auf ihre Feinde stürzten, obwohl sie ungenügend be- waffnet waren, sollen zu einem alkoholischen Getränk Fliegen- schwamm gefügt haben, wodurch sie in besagten Zustand gerieten. Die Richtigkeit dieser Behauptung ist natürlich schwer nachzuweisen, aber aus neuerer Zeit wissen wir, daß auch der in Deutschland wachsende Fliegenpilz eine berauschte Wirkung ausüben kann. Wie Apotheker Dr. H. Cöfar vor einigen Jahren im „Pilz- und Kräuterfreund“ berichtet, hat er am eigenen Leibe diese Wirkung studiert. Nach dem Genuß von zwei Pilzen iorkelte er wie ein Betrunkener und konnte eine veränderte Herzstätigkeit feststellen. Erbrechen, wie nach dem Genuß der meisten giftigen Pilze, trat aber nicht ein. Auch diese Erfahrung des Freiburger Apothekers soll uns nicht beweisen, Fliegenpilze zu genießen. Wir haben ja immer noch den viel angenehmer schmeckenden Alkohol, wenn es uns nach einem Raush gelüftet und Berkererwut kann man in manchen Gegenden Deutschlands ja auch schon an Menschen beobachten, die nur ein paar Maß Bier zuviel getrunken haben.

Der Asphaltsee auf Trinidad

Rur wenige Weltreisende kennen die Insel Trinidad, die von den Eingeborenen „paradiesischer Garten“ genannt wird. Die Insel wurde im Jahre 1498 von Kolumbus entdeckt. Der wachhabende Matrose meldete, daß drei Berggipfel in Sicht wären; als sich aber das Schiff, auf dem sich der Entdecker Amerigo befand, der Insel näherte, konnte Kolumbus den wahren Sachverhalt feststellen. Die drei Berggipfel, die zuerst für drei verschiedene Inseln gehalten wurden, gehören in Wirklichkeit zu einem einzigen Stück Land im Ozean; deshalb erhielt das neu entdeckte Land den Namen „Trinidad“, d. h. Dreieinigkeits.

Dicht vor der Insel strömt ein weißes Schaumbad durch die See, die dort eine düstere schwarzgrüne Farbe hat — es sind die gewaltigen Fluten des Orinoco, die sich durch den sogenannten Drachenschlund ergießen, durch eine schmale und von Inseln besetzte Wasserstraße, die Trinidad von der Küste Venezuelas trennt. Die Schiffe haben es dort nicht leicht, gegen die starke Strömung zu fahren, deren Brausen wie eine unheimliche Musik tönt. Trinidad ist heute eine reiche Insel, nachdem es jahrzehntelang an der Auf- hebung des Sklavenhandels gelitten hat, dessen Zentralstelle es ge- wesen ist. Die Fruchtbarkeit des Bodens ist außerordentlich groß und ermöglicht eine beträchtliche Ausfuhr von Kopa und Zucker.

In der Mitte der Insel liegt die größte Sehenswürdigkeit Trinidads: der in der ganzen Welt einzigdastehende Asphaltsee „Asphaltsee“ mit schwimmenden Erdpechinseln. Auch sonst treten auf der ganzen Insel Asphalt- und Erdpechbildungen, Schlamm- vulkane, Petroleumquellen und andere heiße Quellen auf. Der See besteht aus einer öligen Masse, die schwarz und glänzend und sandbarerweise an einigen Stellen mit Gras bewachsen ist. Man kann auf dem Asphaltsee spazieren gehen — allerdings unter der Gefahr, mit den Schuhen in der klebrigen Masse festenzubleiben. Wenn an einer Stelle des Sees ein großer Block Asphalt heraus- genommen wird, sieht man am nächsten Tag von dieser Probeur keine Spur mehr, denn neue Asphaltformationen haben sich inzwischen unter den Strahlen der Sonne gebildet.

Ein internationales Archiv für Horoskope.

Die Astrologische Vereinigung in New York plant zur Unter- stützung der astrologischen Forschung die Einrichtung eines inter- nationalen Archivs, das sich auf eine Sammlung von Horoskop- stüben soll. Die gleichgerichteten Vereinigungen in Europa und der übrigen Welt sollen aufgefordert werden, Horoskope von Menschen mit seltenen Schicksalen zu sammeln und dem Archiv zuzustellen. Eine besondere Abteilung wird auch die Sammlung von Horoskop- hervorragender Persönlichkeiten, Künstler, Schriftsteller, Diplomaten und Erfinder bilden.

Amerika, du hast es besser.

Goethe hatte schon recht, wenn er von dem glücklichen Amerika sprach. Und wenn die deutschen Steuerzahler vor Reid plagen, es sei ihnen doch gesagt, daß das amerikanische Schatzamt die im letzten Halbjahr 1928 über den Voranschlag eingegangenen Steuerzahlungen in Höhe von 100 Millionen Dollar zurückzahlte. Der glückliche Steuer- zahler ist der Stahlruß, der nicht weniger als 15 Millionen Dollar zurückhält. Der alte Rockefeller hat die ihm zurückgezählten 120 000 Dollar wohlthätigen Stiftungen überwiesen.

